

## Argentinien

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Rüstungsexporte



# INHALT

---

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>2</b>
------------------------	----------

---

<b>Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor</b>	<b>4</b>
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	13
Bewaffnung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	20
Polizei und andere Sicherheitskräfte	22
Diversität in den Sicherheitskräften	24

---

<b>Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts</b>	<b>25</b>
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	25
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	26
Innere Lage im Empfängerland	30
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	33
Bedrohung von Alliierten	36
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	36
Unerlaubte Wiederausfuhr	39
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	40

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Informationen zum Sicherheitssektor

Deutschland ist traditionell ein wichtiger Lieferant von militärischen Gütern und Know-how für Argentinien. Deutschland lieferte in den letzten Jahren immer wieder Klein- und Leichtwaffen, Trainingsflugzeuge oder andere Rüstungsgüter - meist in Volumen im einstelligen Millionenbereich. Ablehnungen erfolgten unter Berufung auf Kriterium 7 des Gemeinsamen Standpunktes der EU (Risiko der Abzweigung oder unerlaubten Wiederausfuhr). Grundsätzlich ist Argentinien aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten derzeit aber kein bedeutender Rüstungsimporteur mehr (im Zeitraum von 2020 bis 2024 lag es weltweit auf Platz 63). Die drei wichtigsten Lieferanten in diesem Zeitraum waren Frankreich, die USA und Dänemark.

Argentinien verfügt über eine umfassende – weitestgehend staatlich kontrollierte – Rüstungsindustrie, welche jedoch in den 1990er Jahren einen enormen Rückgang verzeichnete und auch in den letzten Jahren unter mangelnden Investitionen litt. Eine Vielzahl von Klein- und Leichtwaffen, aber auch Großwaffensystemen für alle Teilstreitkräfte wurden oder werden auch unter Lizenz gebaut – hierunter eine ganze Reihe deutscher Entwicklungen. Grundsätzlich produzieren viele der Unternehmen aber auch zu großen Anteilen zivile Güter, da sie oftmals nicht auf dem internationalen Markt konkurrieren können und die nationale Nachfrage zu gering ist, als dass ein ausschließlicher Fokus auf Verteidigungsgüter möglich wäre.

Die argentinischen Streitkräfte umfassen rund 72.100 aktive Soldat:innen, wovon rund 42.800 im Heer, 16.400 in der Marine und 12.900 in der Luftwaffe dienen. Hinzu kommen 18.000 paramilitärische Kräfte der Gendarmerie sowie 13.250 der Küstenwache. Eine Reserve existiert nicht. Mit 1,6 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen liegt Argentinien unter dem globalen und regionalen Durchschnitt. Hauptaufgabe der Streitkräfte sind neben der Wahrung der staatlichen Integrität und der Grenzsicherung auch die Wahrung der inneren Sicherheit. Sie umfasst damit auch die Drogen- und Terrorismusbekämpfung. Hierzu sind die Streitkräfte grundsätzlich ausreichend ausgestattet und ausgebildet. Die in Nutzung befindlichen Systeme altern jedoch zunehmend und ihre Modernisierung wird durch Finanzierungsengpässe behindert. Insbesondere Luftwaffe und Marine sehen sich daher mit Einschränkungen konfrontiert.

Das argentinische Militär, die Polizei und weitere Einheiten machten sich in den Jahren der Militärdiktatur (1976 – 1983) schuldig an einer Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen wie systematischem Mord, Folter und Entführung von Dissident:innen. Die Aufarbeitung dieser Zeit dauert bis heute an. Aufgrund struktureller Reformen sieht sich das Militär – anders als die Polizei, der auch heute teilweise noch Folter, Korruption, Entführung oder gar Mord vorgeworfen wird – heute keinen gravierenden Vorwürfen an Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Dennoch genießt auch das Militär kein großes Vertrauen in der Bevölkerung. Nach mehreren Militärputschen und -regierungen im vergangenen Jahrhundert und damit einhergehendem Missbrauch staatlicher Institutionen ist das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitsorganen noch immer schwer beschädigt.

## Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Argentinien ist fast allen zentralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Lediglich dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 sowie den Atomwaffenverbotsvertrag von 2021 ist das Land nicht beigetreten. Aktuell haben weder die UN noch die EU-Sanktionen gegen Argentinien verhängt.

Argentinien ist auch allen relevanten UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten. Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit werden durch die Verfassung geschützt und von der Regierung weitestgehend respektiert. Trotzdem gibt es immer wieder Berichte über Einschränkungen von Menschenrechten durch staatliche Kräfte. So sind etliche Fälle von tödlicher Polizeigewalt bekannt. Die Behörden verfolgen diese nur teilweise strafrechtlich. Straffreiheit von Sicherheitskräften bleibt ein großes Problem. Besonders in den Gefängnissen ist die Lage prekär. Trotz der Existenz einer robusten gesetzlichen Grundlage sind geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung weit verbreitet und bleiben häufig ungeahndet. Auch die Rechte indigener Personen werden – trotz eines verfassungsrechtlichen Anspruches – unzureichend geschützt.

Argentiniens neuere Geschichte ist durch politische Instabilität gekennzeichnet. Seit dem Ende der Militärdiktatur 1983 konnte sich jedoch eine lebendige Demokratie etablieren. Dennoch gibt es intern einige Spannungen, u. a. zwischen staatlichen Organen und indigenen Bevölkerungsgruppen. Auch nationale Drogenkartelle und transnationale organisierte Kriminalität stellen den Staat vor große Herausforderungen. Armut und Ungleichheit führen zu einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft. Die Wahl des Rechtspopulisten Javier Milei zum Präsidenten im November 2023 gilt auch als Ausdruck der Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Situation des Landes und der politischen Elite.

Die meisten Staaten Südamerikas gelten als relativ demokratisch und stabil, mehrere Nachbarländer Argentiniens sind jedoch in warnendem Maße von staatlicher Fragilität betroffen. Transnationale Kriminalität (Waffen-, Menschen- und Drogenschmuggel) wirkt sich destabilisierend auf die gesamte Region aus. Auch Grenzstreitigkeiten – etwa zwischen Argentinien und Chile – führen immer wieder zu Konflikten. Im Bereich der Rüstungskontrolle arbeiten die Staaten der Region jedoch gut zusammen.

Argentinien ist auch allen wesentlichen internationalen Abkommen zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Die Implementierung bleibt jedoch lückenhaft. Die geographische Lage und unzureichend gesicherte Grenzen machen Argentinien zu einem Knotenpunkt für Drogen-, Waffen und Menschenhandel. Hierzu kooperiert das Land aber international, regional und in bilateralen Initiativen. Der Endverbleib von gelieferten Waffen und Rüstungsgütern kann in Argentinien nicht immer sichergestellt werden. Korruption in den Sicherheits- und Streitkräften erhöht das Risiko der Proliferation. Zudem gibt es Berichte über illegale Waffenlieferungen von Argentinien nach Bolivien während der Unruhen 2019. In der Vergangenheit hat Argentinien gegen Waffenembargos verstoßen.

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 13.530 US-Dollar (2024) zählt Argentinien zu den Ländern mit gehobenem, mittlerem Einkommensniveau. Die Auslandsverschuldung konnte auf ein nicht bedenkliches Niveau reduziert werden. Insgesamt ist das Land hinsichtlich sozialer Entwicklung im regionalen und globalen Vergleich sehr positiv zu bewerten. Argentinien ist dem HDI zufolge (0,865) den Ländern mit „sehr hoher menschlicher Entwicklung“ zuzuordnen. Das Land wendet deutlich mehr Ressourcen für Bildungs- und Gesundheitssystem als für das Militär auf und gilt auch im regionalen Vergleich als nur gering militarisiert (Rang 130 im GMI).

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

### Deutsche Rüstungsexporte

**Tabelle 1**

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2002-2024 (in Millionen Euro)*

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2002	Teile für Fregatten, Korvetten und U-Boote: 84,5 %	7,34
2003	Teile für Fregatten, U-Boote und Echolotanlagen: 57,1 % Teile für Kommunikationssysteme: 39,6 %	0,091
2004	Teile für Funkgeräte, Schiffskommunikationssysteme und elektronische Ausrüstung: 38,0 % Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte, Lenk- und Navigationsausrüstung: 26,0 % Bauteile für Torpedos 24,7 %	0,581
2005	Teile für Kampfflugzeuge und Bordausrüstung: 48,3 % Geländewagen und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge: 26,7 % Teile für U-Boote: 11,1 %	1,683
2006	Teile für U-Boote: 51,4 % Sauerstoffversorgungen und Teile für Kampfflugzeuge, Bordausrüstung: 38,3 %	9,057
2007	Pistolen, Jagdgewehre und Teile für Pistolen, Sportpistolen: 92,9 %	4,213
2008	Teile für Fregatten, U-Boote und Dieselmotoren: 39,9 % Fertigungsunterlagen für Patrouillenboote und Technische Unterlagen für hydraulischen Stellantrieb: 33,5 % Zündhütcheneinsatz- und Lackiermaschine, Kupferstauchzylinder und Teile für Herstellungsausrüstung: 23,5 %	6,796
2009	Teile für Kommunikationsausrüstung und Navigationsausrüstung: 37,8 % Teile für Sauerstoffversorgungen: 24,0 % Technische Unterlagen für Feuerleitvorrichtungen, Rohrmaschinenrichtgeräte und Sauerstoffregler: 10,9 % Tauchgeräte und Teile für Tauchgeräte: 9,4 %	0,641
2010	Herstellungsausrüstung für Munitionsteile: 34,6 % Teile für Kommunikationsausrüstung und Ortungssysteme: 30,7 % Teile für U-Boote, MEKO-Schiffe und Sonaranlagen: 27,6 %	0,889
2011	Teile für Kommunikationsausrüstung und Radarsysteme: 22,4 % Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Jagdselbstladeflinten, Waffenzielgeräte und Teile für Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre: 20,9 % Teile für Trainingsflugzeuge, Triebwerke und Atemgeräte: 18,0 % Wärmebildkamera: 12,4 % Teile für Torpedos: 12,3 %	2,872
2012	Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Echolotanlage: 45,1 %	1,409

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Technologie zur Entwicklung und Herstellung von Flugzeugteilen: 25,5 % Teile für Torpedos: 15,2 %	
2013	Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung: 43,8 % Pilotenhelme und Teile für Kampfflugzeuge, Trainingsflugzeuge, Sauerstoffversorgung, Schleudersitze: 43,3 %	11,485
2014	Bodenüberwachungsradar und Teile für Bodenüberwachungsradar: 25,5 % Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 24,0 % Teile für U-Boote, Versorger und Eisbrecher: 21,1 % Herstellungsausrüstung für Munitionsteile und Teile für Herstellungsausrüstung: 14,4 %	8,717
2015	Boden-Überwachungs-Radarsysteme und Teile für Boden-Überwachungs-Radarsysteme: 72,3 % Konzeptstudie Zerstörerantrieb: 6,6 % Teile für Ortungsausrüstung: 6,6 %	2,300
2016	Teile für Kampfflugzeuge: 67,2 % Ausrüstung für die Munitionsherstellung und Teile für die Ausrüstung für die Munitionsherstellung: 8,8 % Machbarkeitsstudie für Antriebskonzept für Kriegsschiffe und technische Unterlagen für Flugzeugteile: 7,4 %	26,460
2017	Boden-Überwachungsradar und Teile für Boden-Überwachungsradar: 32,7 % Teile für Kommunikationsausrüstung und Ortungsausrüstung: 24,5 % Teile für Kampfflugzeuge und Schleudersitze: 16,3 % Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine, Mündungsbremsen, Waffenzielgeräte und Teile für Revolver, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrwaffen-Lafetten, Mündungsbremsen: 14,2 %	2,919
2018	Bodenüberwachungsradar [Grenzsicherung] und Teile für Bodenüberwachungsradar [Grenzsicherung]: 60,7 % Teile für Kampfpanzer und amphibische Fahrzeuge: 20,3 %	4,160
2019	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 63,0 % Teile für Kampfflugzeuge und Sauerstoffversorgungssysteme: 32,5 %	3,791
2020	Teile für Kampfflugzeuge: 56,6 % Unfertige Erzeugnisse: 24,2 %	0,828
2021	Teile für gepanzerte Fahrzeuge und Kampfpanzer: 61,5 % Teile für Kampfflugzeuge und Ausrüstung für Luftfahrzeugbesatzung: 31,7 %	4,294
2022	Teile für Kampfflugzeuge und Schleudersitze: 84,5 %	3,48
2023	Teile für Schützenpanzer und Kampfpanzer: 81,0 %	3,99
2024	Jagdgewehre, halbautomatische Jagd- /Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre: 89 %	0,136

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2002-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

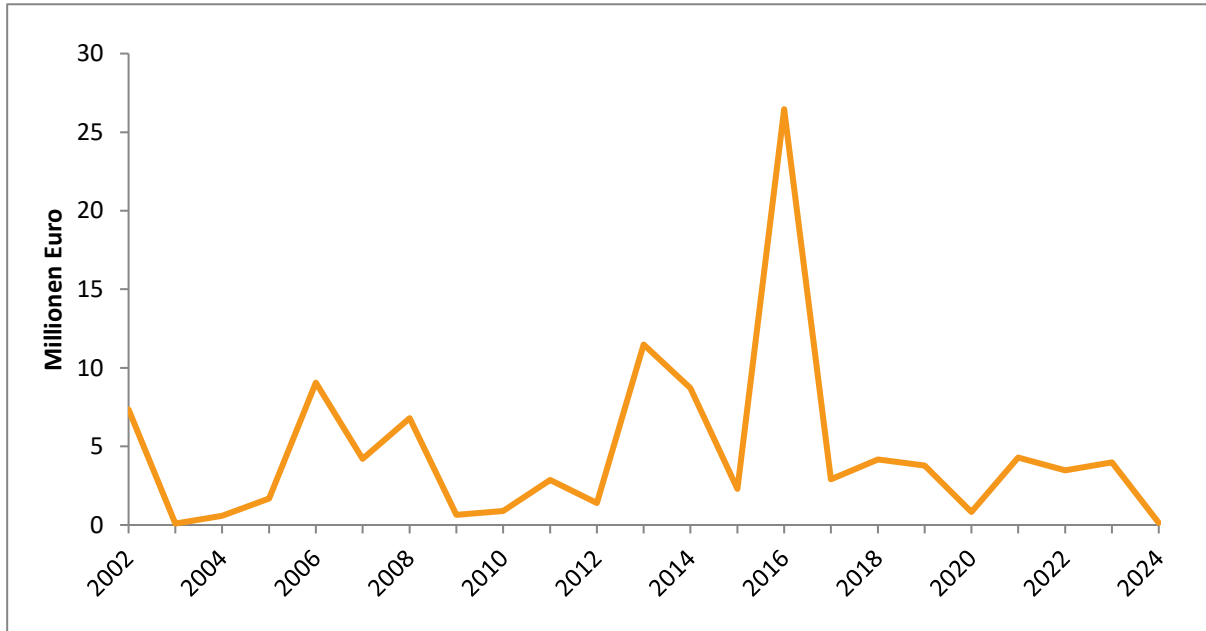
**Deutsche Rüstungsexporte, 2002–2024**

Tabelle 2

**Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Argentinien 2000-2024**

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
6	MEKO-140	Fregatte	1979	1985-2004	6	Neuwertig
10	G-120TP	Trainingsflugzeug	2012	2013-2014	10	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

**Kommentar**

Deutschland ist traditionell ein wichtiger Lieferant von Rüstungsgütern, Waffensystemen und technischem Know-how für Argentinien. Die Bedeutung hat aber stark nachgelassen, was primär auf eine gesunkene Gesamtnachfrage Argentiniens, seit der Jahrtausendwende zurückzuführen ist. Dennoch lieferte Deutschland auch in der jüngeren Vergangenheit immer wieder Klein- und Leichtwaffen – wie etwa Gewehre oder Maschinenpistolen und entsprechende Bestand- und Ersatzteile – sowie komplette Großwaffensysteme und Teile hierfür an Argentinien. Im Jahr 2016 wurde mit einem Wert von 26,5 Millionen Euro ein Exporthöchstwert erzielt, was Großteils auf Teile für Kampfflugzeuge zurückzuführen ist.

Lieferungen wurden jedoch auch wiederholt abgelehnt. Dies geschah ausnahmslos unter Berufung auf Kriterium 7 des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union (Risiko der Abzweigung oder unerlaubten Wiederausfuhr militärischer Güter). So wurden im Jahr 2016 beispielsweise drei Lieferungen von Handfeuerwaffen im Wert von insgesamt 694.485 Euro abgelehnt. Gleichzeitig wurde jedoch die Ausfuhr von Kleinwaffen im Wert von 118.000 Euro (100 Sturmgewehre, 16 Granatwerfer) und weiteren als Kriegswaffen kategorisierten Gütern über 140.560 Euro genehmigt. Auch in den Jahren 2014, 2010, 2006 und 2004 wurden Anträge unter Verweis auf Kriterium 7 abgelehnt. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um Güter der Kategorie Handfeuerwaffen, teilweise aber auch um Munition, Simulations- und Übungsgeräte oder Maschinen zur Herstellung von Waffen und Munition.

An Großwaffensystemen lieferte Deutschland laut der Arms Transfer Database des Friedens- und Konfliktforschungsinstitutes SIPRI seit der Jahrtausendwende zehn G-120TP Trainingsflugzeuge im Wert von rund 26 Millionen US-Dollar sowie zwei von sechs MEKO-140 Fregatten (argentinische Bezeichnung: Espora). Alle sechs Fregatten wurden bereits 1979 geordert und unter Lizenz in Argentinien gebaut. Die erste Fregatte wurde bereits 1985 ausgeliefert, aufgrund von Finanzierungsengpässen verzögerte sich die Auslieferung der letzten beiden jedoch um 10 bis 15 Jahre, sodass diese erst in den Jahren 2000 und 2004 fertiggestellt wurden.

Zuvor lieferte Deutschland auch Schiffsabwehrtorpedos (120 SST Seal; 1974 bzw. 1981-85), Anti-Panzer-Raketen (500 COBRA und 100 Mamba; 1970 – 1973) sowie zwischen 1987 und 1988 40 gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs UR-416. Anfang der 1970er Jahre baute die deutsche Lürssen-Werft zudem zwei schnelle Angriffsschiffe der Intrépida-Klasse (TNC 45) für die argentinischen Seestreitkräfte, die noch immer in Nutzung sind und zuletzt im Jahr 2022 bei Übungen im Einsatz waren. 2023 bewilligte Deutschland Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 3,99 Millionen Euro Teile für Schützen- und Kampfpanzer.

Hinsichtlich des Exports von Großwaffensystemen und Know-how erlebte die Bedeutung Argentiniens für Deutschland ihre Hochkonjunktur in den 1970er und vor allem 1980er Jahren. So erhielt Argentinien nicht nur je zwei U-Boote der Typen 209/1200 und TR-1700 (die ersten wurden in Form von Bausätzen geliefert und unter Lizenz gebaut, letztere wurden von den deutschen Thyssen Nordseewerken gebaut), sondern sollte auch noch vier weitere U-Boote des gleichen Typs in Form von Komponenten, erhalten. Letztlich konnten diese vier weiteren TR-1700-U-Boote aber nicht finanziert werden. Trotz einer bereits erfolgten Lieferung einiger Komponenten musste das Projekt daher 1996 beendet werden. Auch Panzer (257 TAM), Schützenpanzer (139 VCTP) sowie Fregatten (vier des Typs MEKO-360) wurden unter deutscher Lizenz in Argentinien gefertigt (mehr zu Technologietransfers unter „[Lokale Rüstungsindustrie](#)“).

## Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

**Tabelle 3**

*Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Argentinien 2020-2024, Mio. TIV<sup>1</sup>*

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	7	77	50	21	43	199

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

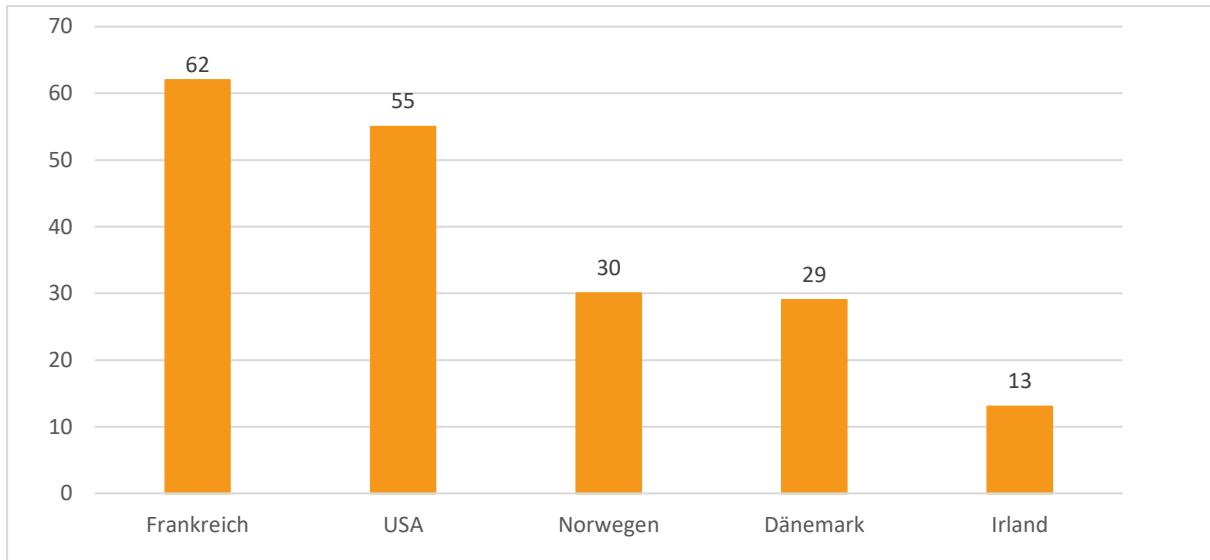
**Tabelle 4**

*Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Argentinien 2020-2024, Mio. TIV*

Da Deutschland in den Jahren 2020 bis 2024 keine kompletten Großwaffensysteme nach Argentinien geliefert hat, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://sipri.org/databases/armstransfers/sources-and-methods#TIV-tables>

**Schaubild 2****Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Kommentar zu den Waffenkäufen**

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2025) nahm Argentinien im Zeitraum von 2020 bis 2024 die 63. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Die wichtigsten Lieferanten für Rüstungsgüter in diesem Zeitraum waren Frankreich (mit 31 % aller Lieferungen), die USA (28 %), Norwegen (15 %), Dänemark (14 %) und Irland (7 %).

So lieferte Frankreich seit 2015 bspw. vier Gowind Fregatten (eine davon gebraucht; argentinische Bezeichnung: Bouchard), ein Vigile-200 System zur Modifikation eines Learjet-35 Transportflugzeuges zu einem elektronischen Aufklärungsflugzeug (ELINT bzw. SIGINT) sowie fünf gebrauchte, aber modernisierte Super Etendard Bodenkampfflugzeuge, acht wöglich gebrauchte Atar-8 Strahltriebwerke (vermutlich für besagte Kampfflugzeuge) sowie fünf Bodenradargeräte (Ground-Observer 80).

Aus den USA importierte Argentinien seit 2010 vornehmlich, meist gebrauchte, Helikopter (sieben Bell-412, sechs Bell-407, zwei S-61/H-3A Sea King, fünf Bell-206/OH58 und bisher zehn von elf geordneten UH-1H Huey 2), leichte Transport- und Trainingsflugzeuge (16 Transportflugzeuge, von denen sieben noch zur Lieferung ausstehen, und 12 bewaffnete PC-9 Trainingsflugzeuge in der T-6C+-Version). Außerdem importierte Argentinien 20 Mantelstromtriebwerke (TFE-731) aus den USA zur Modernisierung von AI-63 Pampa Trainings- und Kampfflugzeugen. 2024 wurde zudem ein Transportflugzeug des Typs ERJ geliefert.

Aus Dänemark bezog Argentinien bis 2023 sechs Luft- und See-Suchradare (Scanter 4100 und Scanter-6000) für die französischen Gowind-Fregatten, und orderte 2024 zudem 24 gebrauchte F-16AM Kampfflugzeuge, deren Lieferung für 2025 bis 2028 geplant ist. Dieser 300 Mio. US-Dollar umfassende Auftrag wurde durch das Foreign Military Financing Programm der USA unterstützt (mit 40 Mio. US-Dollar) und beendete Überlegungen über einen alternativen Kauf von chinesischen JF-17 Thunder Flugzeugen.

Irland lieferte unterdessen ein gebrauchtes Boeing-737NG Transportflugzeug, Schweden seit 2010 insgesamt 130 tragbare Luftabwehrsysteme.

## Militärausgaben

**Tabelle 5**

### **Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP**

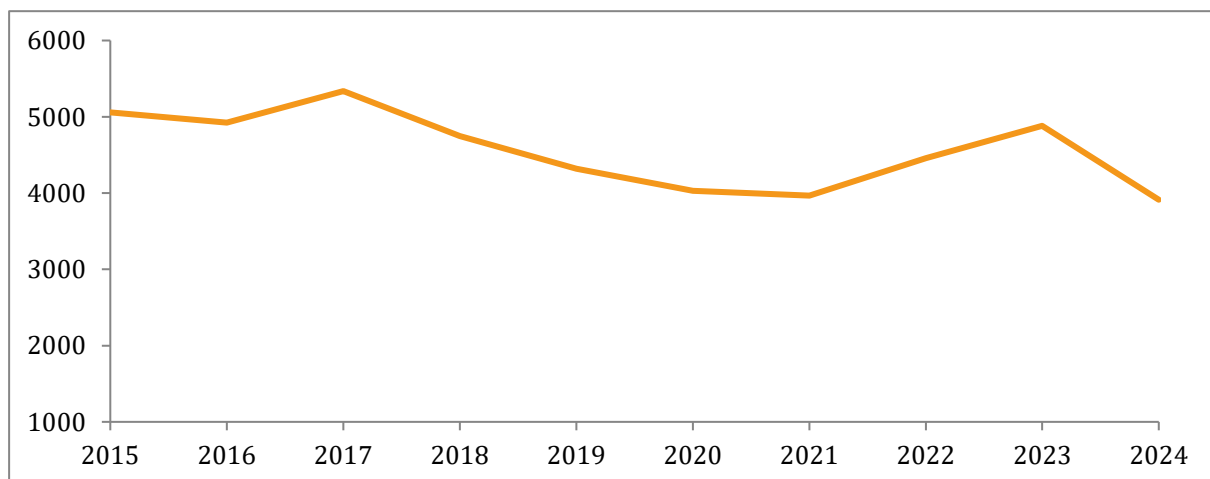
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4029	3968	4459	4882	3913
Anteil am BIP (in Prozent)	0,7	0,6	0,7	0,8	0,6
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	1,7	1,7	1,8	2,0	1,9

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

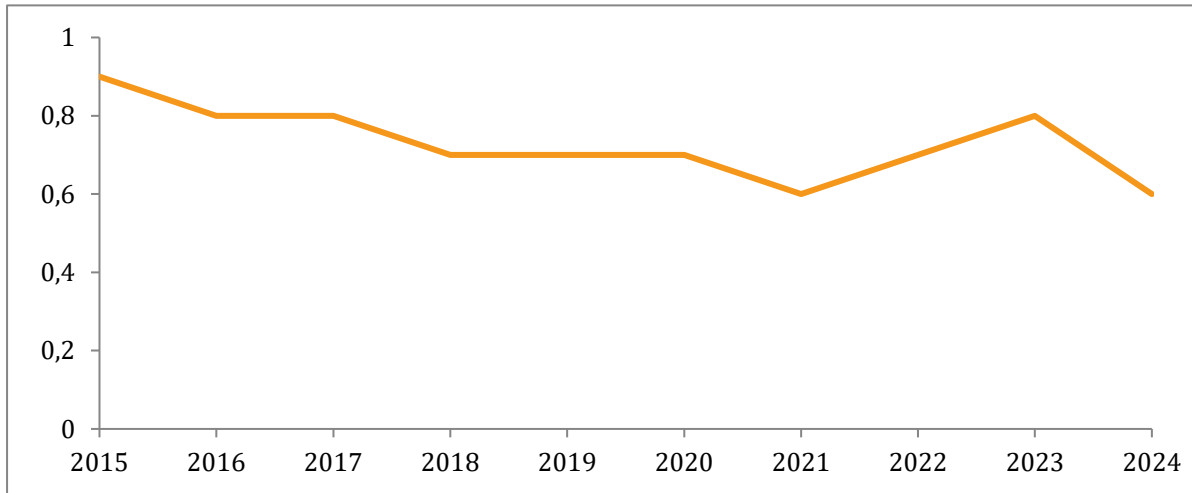
**Schaubild 3**

### **Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

**Schaubild 4****Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

**Lokale Rüstungsindustrie**

Argentinien verfügt, trotz einer deutlichen Verkleinerung der Verteidigungsindustrie in den 1990er Jahren, über Produktions- und Wartungskapazitäten für Systeme aller Teilstreitkräfte. Aufgrund mangelnder Investitionen verzeichnete die Rüstungsindustrie auch in den letzten Jahren eine leicht rückläufige Entwicklung und viele der Unternehmen produzieren zu großen Anteilen wieder zivile Güter. Grundsätzlich unterstehen die wichtigsten Unternehmen und Forschungszentren staatlichen Organen wie dem Verteidigungsministerium oder sind teilweise direkt den Teilstreitkräften zugeordnet. Diese sind in vielen Fällen selbst für die Beschaffungen benötigter Ausrüstung zuständig. Lediglich größere Investitionen werden vom Verteidigungsministerium ausgeschrieben und in Auftrag gegeben.

Die Ursprünge der argentinischen Verteidigungsindustrie gehen bereits auf die 1930er und 1940er Jahre zurück. Da Argentinien zum Aufbau der Industrie auf ausländisches Know-how angewiesen war, warb es besonders nach dem Zweiten Weltkrieg unter anderem deutsche Ingenieur:innen und Rüstungsexpert:innen des ehemaligen NS-Regimes an. So emigrierte bspw. Kurt Tank mit anderen Kolleg:innen der Focke-Wulf-Werke nach Argentinien. Der Luftfahrtingenieur war an der Weiterentwicklung des argentinischen Flugzeugbauers Fábrica Militar de Aviones (FMA, bzw. heute: Fábrica Argentina de Aviones SA (FAdeA)) und ab 1947 am Entwurf und Bau des ersten südamerikanischen Düsenjagdflugzeuges (Pulqui I bzw. II) beteiligt. Das 1927 gegründete Unternehmen umfasste zeitweise mehr als 300 Fabriken und beschäftigte rund 9.000 Personen. Es stellt noch heute mit rund 1.000 Mitarbeiter:innen einen der wichtigsten Flugzeugbauer Argentiniens dar und baute ab 1965 bspw. Flugzeuge des Typs Cessna 182 in Lizenz, entwickelte aber auch eigene Trainings- und Kampfflugzeuge (bspw. das Schulflugzeug Pampa). Nach zwischenzeitlichem Verkauf in den 1990er Jahren an Lockheed Martin befindet es sich seit 2009 wieder in den Händen des argentinischen Staates und stellt das Produktionszentrum der Luftwaffe dar. Ein weiteres Luftfahrtunternehmen,

das 1970 gegründete Unternehmen Cicaré Helicópteros baut mit dem Cicaré CH-14 leichte Mehrzweckhelikopter, die sowohl zu Aufklärungszwecken als auch als Kampfhubschrauber eingesetzt werden können. Entwicklungen für die eigenen Luftstreitkräfte werden oftmals von der Generaldirektion für Forschung und Entwicklung (DGID) koordiniert. So wurde zum Beispiel 2021 die Entwicklung einer neuen Tordo-Maschinengewehrkapsel abgeschlossen, die derzeit in den Luftstreitkräften erprobt wird. Die Serienproduktion übernimmt voraussichtlich Área Material Río Cuarto (ARMACUAR), eine Einheit der Luftwaffe, die für Materialbeschaffung, Entwicklung, Instandhaltung und Planung zuständig ist.

Ein weiteres zentrales Rüstungsunternehmen ist das 1941 gegründete staatliche Konglomerat Dirección General de Fabricaciones Militares (DGFM). Das Konglomerat umfasste bereits vier Jahre nach der Gründung 14 Unternehmen, beschäftigte 18.000-20.000 Arbeiter:innen und erwirtschaftete zeitweise bis zu fünf Prozent des Bruttonationaleinkommens. Ab 1973 wurde u.a. der Westdeutsche TAM-Panzer (*Tanque Argentino Mediano* – basierend auf dem Schützenpanzer Marder 1) in Lizenz gebaut und bald darauf in den Iran bzw. nach Peru und Jordanien exportiert. Von dem vom deutschen Unternehmen Rheinmetall für die argentinischen Streitkräfte konzipierten mittelschweren Panzer wurden zwischen 1976 und 1986 rund 137 Stück als Bauteile geliefert. Zwischen 1994 und 1998 baute Argentinien weitere 120 Stück in Lizenz. Diese ursprünglich ebenso für den Export vorgesehenen Modelle der zweiten Charge fanden aber keine Abnehmer und wurden daher in den eigenen Streitkräften eingeführt. Auf dem TAM-Panzer aufbauend entwickelte Rheinmetall auch das Infanteriekampffahrzeug Vehículo de Combate Transporte de Personal (VCTP), von dem Argentinien 139 Stück in Form von Bauteilen aus Deutschland erhielt. Beide Fahrzeuge wurden auf argentinischer Seite vom staatlichen und eigens hierfür gegründeten Unternehmen TAMSE (*Tanque Argentino Mediano Sociedad del Estado*), einer Tochtergesellschaft der DGFM gebaut. Es ist somit dem Verteidigungsministerium angegliedert und stellt neben zivilen Gütern und den genannten Kampffahrzeugen auch Artilleriesysteme (bspw. Haubitzen, Mörser usw.), Munition, sowie Klein- und Leichtwaffen her. Unter letzteren befinden sich sowohl Waffen, die unter Lizenz gebaut werden (seit 2016 etwa das ARX-200 Sturmgewehr von Beretta), als auch eigens entwickelte Maschinenpistolen und -gewehre.

Das 1934 gegründete Astillero Río Santiago (ARS) stellt heute noch das wichtigste nationale Schiffsbauunternehmen dar, produziert derzeit aber ebenso wieder vermehrt zivile Schiffe und beschäftigte 2011 nur noch rund 2.870 Personen. Der Höhepunkt des argentinischen Schiffbaus war demnach in den 1960er bis 1980er Jahren, als rund 60.000 Menschen in dem Sektor beschäftigt waren. Neben ARS sind auch die 1943 bzw. 1953 gegründeten Werften Tandanor sowie Río Santiago Shipyard bedeutende militärische Schiffsbauer. Letzterer beschäftigte 2008 nur noch rund 2.700 Arbeitnehmer:innen, baut aber weiterhin Fregatten, Korvetten, Zerstörer und ähnliche Kriegsschiffe. So baute diese Werft bspw. die sechs deutschen MEKO 140-Korvetten in Lizenz, die zwischen 1985 und 2004 ausgeliefert wurden. Im März 2023 wurde bekannt, dass beide Werften ein Mehrzweck-Landungsschiff für die argentinische Marine entwickeln sollen.

In den frühen 70ern begann das 1954 gegründete staatliche Instituto de Investigaciones Científicas y Técnicas para la Defensa (CITEDEF, bis 2007 CITEFA) mit der Entwicklung von Raketen. So entwickelte das Forschungszentrum mit deutscher Hilfe – mit der Condor II eine ballistische Mittelstreckenrakete und lieferte hiervon jeweils 200 Stück an den Irak und Ägypten (Badr 2000). Das Projekt wurde 1993 jedoch eingestellt. Im Laufe der Zeit entwickelte das Institut ebenfalls Artilleriegeschütze (wie L33, CALA 30), Mehrfachraketenwerfer (Pampero),

Panzerabwehrraketen (Mathogo, MARA) und weitere Raketen (Martin Pescador MP-1000, AS-25K, Aspide) sowie Sensortechnik.

Die bereits 1976 gegründete staatliche Gesellschaft für angewandte Forschung, INVAP SE (Investigaciones Aplicadas Sociedad del Estado) baut unter anderem Nuklearreaktoren, Komponenten für die Raumfahrt und andere Hochtechnologie. So entwarf sie etwa Test- und Forschungsreaktoren für Ägypten, Algerien, Australien und Peru und stellt in Lateinamerika ein führendes Unternehmen hinsichtlich Raumfahrt dar. Ein unter der Militärdiktatur (1976–1983) angestrebtes Programm zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen wurde nach 1983 jedoch wieder eingestellt. Heute liegt der rüstungsindustrielle Fokus der INVAP SE vermehrt auf Aufklärungs- und Überwachungstechnologien.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

### Box 1

#### Gesamtstärke der Streitkräfte

72.100 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 42.800

Marine: 16.400

Luftwaffe: 12.900

Reserve: keine

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 31.250, davon:

Gendarmerie: 18.000

Küstenwache (Prefectura Naval): 13.250

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Tabelle 6

#### Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	74	74	74	74	72	72	72	72	72
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

## Kommentar

Laut dem IISS umfassen die argentinischen Streitkräfte (*Fuerzas Armadas de la República Argentina*) rund 72.100 aktive Soldat:innen, wovon rund 42.800 im Heer, 16.400 in der Marine und 12.900 in der Luftwaffe dienen. Hinzu kommen 18.000 paramilitärische Streitkräfte der Gendarmerie sowie 13.250 der Küstenwache (Prefectura Naval); eine Reserve wird nicht unterhalten. Zudem unterhält Argentinien einen Bundesnachrichtendienst (Agencia Federal de Inteligencia; AFI), eine Nationaldirektion für strategische und militärische Aufklärung (Dirección Nacional de Inteligencia Estratégica Militar) und eine Nationaldirektion zur Aufklärung von Kriminalität (Dirección Nacional de Inteligencia Criminal).

Die Wehrpflicht wurde bereits 1995 abgeschafft, die bis dahin durch ein Lotterieverfahren geregelt war. Mit 1,6 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen liegt Argentinien sowohl unter dem globalen Durchschnitt von rund 3,8 als auch unter dem regionalen Durchschnitt von 3,2 (Chile 3,6; Uruguay 6,1; Paraguay 1,9; Bolivien 2,9 und Brasilien 1,7). Die Streitkräfte wurden im Jahr 2019 um rund 2.000 Personen reduziert und ihre Befugnisse auf Grenzkontrollen und Terrorismusbekämpfung beschränkt. Daneben dienen die Streitkräfte jedoch aber auch in der Drogenbekämpfung bzw. zur Sicherstellung der inneren Sicherheit. Teilweise arbeiten sie dazu mit den Streitkräften Boliviens und Paraguays zusammen. Die argentinischen Streitkräfte nehmen regelmäßig an multinationalen Übungen teil und stellen regelmäßig Truppen in UN Peacekeeping-Missionen, wo sie 2025 mit 290 Soldat:innen weltweit der 35. größte Truppensteller waren. Zudem unterhält Argentinien gemeinsam mit Chile eine Friedenssicherungstruppe, die Combined Southern Cross Peacekeeping Force, die den Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt werden soll. Sie umfasst ein chilenisches und ein argentinisches Bataillon, ein Kommando- und Serviceunternehmen, eine Luft-, eine Marinekomponente sowie eine kombinierte logistische Unterstützungseinheit.

Die Ausrüstung der Streitkräfte altert zunehmend. Eine Modernisierung wird jedoch schon länger durch Finanzierungsengpässe behindert. So wurde im September 2020 etwa ein Verteidigungsfonds (FONDEF) zur Modernisierung und für Beschaffungen eingerichtet, die Investitionen hierin kamen aber im Zuge der jüngsten Wirtschaftskrise zum Erliegen. Die Mittel hieraus sollen grundsätzlich auch der lokalen Industrie zugutekommen.

## Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

### Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	231	TAM und TAM S21
Leichte Panzer	117	
Aufklärer	47	
Schützenpanzer	232	VCTP und M113A2
Bergepanzer	einige	<i>Greif</i>
Gepanzerte Mannschaftstransporter	278	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Artillerie	1.108	42 Selbstfahrende, 172 gezogene, 8 Mehrfachraketenwerfer sowie Mörser
Transportflugzeuge	13	
Trainingsflugzeuge	5	
Mehrzweckhubschrauber	5	
Transporthubschrauber	62	Davon 59 leichte Helikopter, sechs UH-1H Iroquois bewaffnet
Panzerabwehr	153	Davon 150 rückstoßfreie Abschussgeräte
Luftabwehr	229	Anzahl der gezogenen Geschütze, zzgl. einige RBS-70 zur Punktabwehr

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Kommentar

Das Heer der argentinischen Streitkräfte umfasst 42.800 Personen und ist mit insgesamt 905 gepanzerten Kampffahrzeugen ausgestattet. Von diesen entfallen 231 auf Hauptkampfpanzer des Typs TAM, 117 auf leichte Panzer vornehmlich des Typs Kuerassier SK-105A1 und -A2, 232 auf Schützenpanzer und 278 auf gepanzerte Mannschaftstransporter sowie Aufklärungsfahrzeuge. Sowohl die Hauptkampfpanzer als auch die Hälfte der Schützenpanzer (VCTP) gehen auf deutsche Entwicklungen zurück und wurden unter Lizenz gefertigt (siehe mehr hierzu unter „[Lokale Rüstungsindustrie](#)“). Die meisten Kuerassier-Panzer erhielt Argentinien zwischen 1978 und 1981 aus Österreich, die restlichen Schützenpanzer sowie Mannschaftstransporter (vornehmlich M113) erhielt es zwischen 1967 und 1973 aus den USA. Im Jahr 2000 bezogen die argentinischen Streitkräfte erneut 77 Stück hiervon; diese waren jedoch bereits gebraucht. Daneben finden sich in den Beständen Bergepanzer, Panzerabwehrsysteme (u. a. 150 rückstoßfreie M-1968 Geschütze aus eigener Herstellung) sowie insgesamt 1.108 Artilleriegeschütze (42 selbstfahrende und 172 gezogene Geschütze, acht Mehrfachraketenwerfer sowie 886 Mörser verschiedener Kaliber). Auch die Artilleriegeschütze wurden Großteils bereits in den 1970er Jahren angeschafft.

An Fluggeräten unterhalten die Landstreitkräfte lediglich 13 leichte Transport- und fünf Trainingsflugzeuge sowie insgesamt 67 Helikoptern (fünf Mehrzweck und 62 leichte bis mittlere Transporthelikopter). Die Luftverteidigungskapazitäten beschränken sich auf Boden-Luft-Lenkwaffensysteme (RBS 70) und rund 229 gezogene Geschütze von Kalibern zwischen 20 und 35 mm.

Viele der genutzten Waffensysteme sind argentinische Eigenentwicklungen oder wurden eigens unter Lizenz gebaut. Ein großer Teil der Geräte gilt aber als alternd oder veraltet und stammt aus den 1960er bis 1980er Jahren. Dies gilt auch für die Standardwaffe der Streitkräfte, das FN FAL Gewehr. Dieses soll wahrscheinlich durch Gewehre des Typs Beretta ARX-160, ARX-200 ersetzt werden. Hierzu soll bereits 2016 ein entsprechender Vertrag unterzeichnet und entsprechende Testprogramme durchgeführt worden sein. Die Lizenzproduktion soll im Jahr 2021 gestartet worden sein; nähere Informationen liegen bis dato jedoch nicht vor.

Tabelle 8

**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	TR-1700 und T-2019/1100, beide nicht einsatzfähig seit 2013 bzw. 2015
Zerstörer	1	als schnelles Truppentransportschiff eingesetzt
Fregatten	3	
Patrouillenboote	24	
Davon Korvetten	9	
Amphibienfahrzeuge	6	LCVP
Logistik und Unterstützungsschiffe	18	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

**Box 2****Weitere Marineeinheiten****Marineflieger (Naval Aviation):**

- 4 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr
- 7 Transportflugzeuge
- 10 Trainingsflugzeuge (alle bewaffnet)
- 2 Helikopter zur U-Boot-Abwehr
- 1 Mehrzweckhubschrauber
- 6 Transporthubschrauber
- Einige luftgestützte Raketen (R-550 Magic, AM39 Exocet)

**Marineinfanterie**

- 12 Aufklärungsfahrzeuge
- 31 gepanzerte Mannschaftstransporter
- 11 gepanzerte Amphibienfahrzeuge
- 7 gepanzerte Bergungsfahrzeuge
- 30 rückstoßfreie Panzerabwehrgeräte
- 89 Artilleriegeschütze
- Mehr als 4 Luftabwehrgeschütze und Boden-Luft-Raketen

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

## Kommentar

Die Marine umfasst 16.400 Soldat:innen, von denen 2.000 den Marinefliegern und 2.500 der Marineinfanterie zugeordnet sind. Die Aufgabe der Marine umfasst unter anderem den Schutz inländischer Flüsse und der Küstengewässer. Hierzu werden auch Übungen mit den chilenischen Streitkräften abgehalten (bspw. „Viekaren 2022“); etwa um den Schutz des Beagle-Kanals zu sichern, welcher die Grenze zwischen beiden Ländern bildet. Die Marine wird zudem immer wieder eingesetzt, um gegen illegale Fischerei durch ausländische Fischerboote vorzugehen. So wurde 2016 ein chinesisches Fischerboot von der Marine versenkt und 2020 mindestens zwei ausländische Schiffe gekapert. Um dieser zusätzlichen Aufgabe nachkommen zu können, sollen nun zwei Korvetten der Espora-Klasse für Patrouillenaufgaben umgerüstet werden.

Grundsätzlich besaß die argentinische Marine lange eine sehr schlagkräftige Flotte. So verfügte sie bis 1997 bspw. noch über einen Flugzeugträger - zeitweise waren sogar zwei im Einsatz – sowie über eine größere U-Boot-Flotte. In den letzten 30 Jahren hat sie jedoch einige ihrer Fähigkeiten eingebüßt. Derzeit altern die eingesetzten Systeme zudem zunehmend. Im Jahr 2017 sank ein 1985 in Dienst gestelltes U-Boot (ARA San Juan) des deutschen Thyssen-Konzerns, nachdem es aufgrund technischer Mängel zu einer Explosion gekommen sein soll. Die gesamte Besatzung von 44 Menschen ertrank dabei. Unter anderem dieser Vorfall veranlasste den früheren Präsidenten Macri im Jahr 2018, dem Militär höhere Ressourcen für die Modernisierung und Beschaffung zur Verfügung zu stellen.

Derzeit verfügt die Marine nur noch über zwei U-Boote (ein deutsches TR-1700 und ein T-209/1100), die beide derzeit nicht (voll) einsatzfähig sind. Erstere erfährt seit 2015 ein Midlife-update, das noch immer nicht abgeschlossen ist. Das zweite – die ARA Salta (S-31) - soll derzeit nur noch für eingeschränkte Übungen, zur Grundausbildung und als Ausbildungsplattform für Taucher genutzt werden. Darüber hinaus verfügt die Marine über einen Zerstörer (Hercules), der als schnelles Truppentransportschiff genutzt wird sowie vier Fregatten (deutsche MEKO-360), neun Korvetten (sechs davon deutsche MEKO-140), 15 weitere Patrouillenboote, sechs Amphibien- bzw. Landungsfahrzeuge und 16 Logistik- und Unterstützungsschiffe. Der Zerstörer wurde ab 1981 unter Lizenz in Argentinien gebaut und auch die meisten Patrouillenboote und weitere Schiffe stammen aus den 1970er und 80er Jahren. Eine Ausnahme stellen die vier Gowind Offshore-Patrouillenboote dar, die zwischen 2019 und 2022 im Rahmen eines 319 Millionen Euro Deals aus Frankreich importiert wurden (eines hiervon gebraucht).

Die Marineflieger unterhalten zudem 14 aktive kampffähige Flugzeuge (vier davon zur U-Boot-Abwehr und 10 bewaffnete Trainingsflugzeuge). 16 Erdkampfflugzeuge galten 2023 noch als eingelagert (fünf sollten demnächst modernisiert werden), finden sich aktuell aber nicht mehr in den Angaben des IISS wieder. Laut Berichten wurden diese erst 2018 aus Frankreich gekauften gebrauchten Flugzeuge 2019 geliefert, konnten aber nie wieder einsatzfähig gemacht werden. Sie sollen nun ausgemustert worden sein. Weiterhin stehen aber sieben leichte Transportflugzeuge, zwei Helikopter zur U-Boot-Abwehr, sechs mittlere Transport- sowie ein Mehrzweckhelikopter zur Verfügung. An Raketen befinden sich Luft-Luft-Raketen (R-550 *Magic*) und Schiffsabwehrraketen (AM39 *Exocet*) im Besitz der Marineflieger. Da vier der Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr (P-3B) seit 2019 nicht mehr einsatzfähig sind, sollen diese durch P-3C aus den USA ersetzt werden (kolportierter Kaufpreis 78 Millionen Dollar). Die in Modernisierung befindlichen P-3B könnten dann ggf. an Dänemark verkauft werden.

Der Marineinfanterie stehen 12 Aufklärungsfahrzeuge, 31 gepanzerte Mannschaftstransporter, elf gepanzerte Amphibienfahrzeuge sowie Bergungsfahrzeuge und 81 Artilleriesysteme (19 gezogene sowie etliche Mörser) zur Verfügung. Zur Panzer- und Luftabwehr halten sie zudem 30 rückstoßfreie Geschütze sowie Boden-Luft-Lenkwaffensysteme (RBS-70) und vier 40mm-Geschütze in ihren Beständen.

Das IISS kommt im Hinblick auf das alternde Equipment zu dem Fazit, dass die Fähigkeiten zur U-Boot-Abwehr, zur Minenräumung und zur luftgestützten Frühwarnung derzeit eingeschränkt sind. 2019 wurden Pläne bekannt, die alternden U-Boote durch den Kauf gebrauchter brasilianischer U-Boote (Tupi-Klasse) zu ersetzen. Im Juli 2022 gab es zudem Gespräche mit Deutschland über den Import von U-Booten. Derzeit ist aber noch unklar, ob es tatsächlich zu einem Kauf kommen wird, wie viele U-Boote ggf. gekauft werden sollen bzw. ob diese zuzüglich oder als Ersatz der derzeit in Dienst befindlichen U-Boote zum Einsatz kommen sollen.

**Tabelle 9**  
**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Erdkampfflugzeuge	11	Einsatzfähigkeit von sieben Maschinen zweifelhaft
Aufklärer	1	ELINT
Transportflugzeuge	28	Davon 18 leichte und vier Passagiermaschinen
Tank- und Transportflugzeug	2	
Ausbildungsflugzeuge	55	Davon elf bewaffnet und acht eingelagert
Transporthubschrauber	13	Davon 10 leichte Maschinen
Mehrzweckhubschrauber	29	
Luftabwehr	88	Geschütze
Raketen	Einige	Luft-Luft-Raketen

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

### Kommentar

Die argentinische Luftwaffe besteht aus 12.900 Soldat:innen und ist derzeit mit enormen Fähigkeitslücken, speziell im Hinblick auf Luftkampf- und Transportfähigkeiten, konfrontiert. So sind von den 12 in Bestand befindlichen Kampfflugzeugen derzeit sieben nicht einsatzfähig. Diese nicht-einsatzfähigen Flugzeuge (A-4AR Skyhawk) wurden bereits zwischen 1997 und 2000 als gebrauchte, aber modernisierte Systeme geliefert. 2014 waren noch rund 70 Kampfflugzeuge verfügbar. Daneben unterhalten die Streitkräfte 46 Trainingsflugzeuge

(zehn hiervon bewaffnet, acht weitere eingelagert), 27 Transportflugzeuge (18 leichte, fünf mittlere sowie vier Passagiermaschinen) sowie ein Aufklärungs- und zwei Tank- und Transportflugzeuge. An Helikoptern stehen 29 Mehrzweck- und 13 Transporthubschrauber zur Verfügung. Zur Luftabwehr verfügt die Luftwaffe über 88 Geschütze (20 – 35mm) und einige Luft-Luft-Raketen (Sidewinder, R-550 *Magic* und Shafir 2).

Seit 2020 werden die Lufttransportkapazitäten ausgebaut. Hierzu werden vornehmlich gebrauchte Flugzeuge und Helikopter gekauft. So wurde 2021 bereits etwa eine gebrauchte Boeing 737-700 aus Irland in Dienst gestellt. Auch eine 34 Jahre alte Lockheed C-130 Hercules aus den USA soll 2023 bereits in Dienst gestellt worden sein, eine weitere wurde geordert. Darüber hinaus laufen derzeit Verhandlungen mit der US Air Force über das Leasing einer weiteren Hercules-Maschine. Ende Februar 2023 erhielt die Luftwaffe auch zwei gebrauchte leichte Transportflugzeuge – eine Saab SF-340B und eine Beechcraft UC-12B Huron. Erstere soll allerdings vornehmlich für kommerzielle Zwecke und in der staatlichen Fluggesellschaft (LADE) eingesetzt werden. Die Huron-Maschine hingegen ist die vierte von 12 geordneten Maschinen, welche auf dem Militärflugplatz Morón stationiert werden sollen. Zwei weitere des gleichen Typs sollen an die Marine geliefert werden. 2024 wurde eine gebrauchte Embraer ERJ-140LR in Dienst gestellt, zwei weitere sollen gekauft werden.

Derzeit ist unklar, wie viele der Kampfflugzeuge rekaptalisiert werden können bzw. wie wirtschaftlich ein Weiterverkauf wäre. Als mögliche neue Kampfflugzeuge wurden zuletzt russische MiG-29 bzw. MiG-35, chinesisch-pakistanische JF-17 sowie südkoreanische FA-50 gehandelt. Letztlich wurden aber gebrauchte F-16C aus Dänemark gekauft. Aus inländischer Produktion erwarb Argentinien zuletzt 13 neuwertige IA-63 Pampa III Trainingsflugzeuge vom Flugzeugbauer FAdeA.

### Box 3

#### **Paramilitärische Einheiten**

##### **Gendarmerie:**

87 gepanzerte Mannschaftstransporter  
 Einige Artilleriegeschütze (81mm Mörser)  
 13 Transportflugzeuge  
 1 Passagierflugzeug  
 2 Mehrzweckhubschrauber  
 17 leichte Transporthubschrauber  
 1 Trainingshubschrauber

##### **Küstenwache (Prefectura Naval)**

71 Patrouillen- und Küstenkampfboote  
 11 Logistik- und Unterstützungsschiffe  
 1 Flugzeug zur Seeraumüberwachung  
 6 leichte Transportflugzeuge  
 2 Trainingsflugzeuge  
 3 Such- und Rettungshubschrauber  
 1 Mehrzweckhubschrauber  
 7 Transporthubschrauber

#### 4 Trainingshubschrauber

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

#### Box 4

#### Peacekeeping

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 2 Soldat:innen

Zypern (UNFICYP): 333 Soldat:innen

Indien/Pakistan (UNMOGIP): 3 Soldat:innen

Libanon (UNIFIL): 3 Soldat:innen

Mittlerer Osten (UNTSO): 3 Soldat:innen

Syrien/Israel (UNDOF): 1 Soldat:in

Westsahara (MINURSO): 3 Soldat:innen

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

## Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Das argentinische Militär hat in der Geschichte des Landes eine außerordentlich große Rolle gespielt und nahm durch sechs Putsch allein zwischen 1930 und 1976 direkten Einfluss auf die Politik Argentiniens. Es stellte mehrmals die Regierung oder Interimsregierungen und besetzte auch in zivilen Regierungszeiten des Landes phasenweise mehrere wichtige Ämter. Ab der demokratischen Transition 1983 nahm der Einfluss des Militärs jedoch sukzessive ab.

Prägend für die Geschichte des Landes war der Militärputsch 1930, welcher unter Beteiligung des späteren Präsidenten Juan Perón Präsidenten Hipólito Yrigoyen stürzte. Perón war auch im Rahmen des Putsches gegen die Regierung Ramón Castillos im Jahr 1943 eine zentrale Figur und wurde ab 1944 Vizepräsident und Kriegsminister. 1946 wurde er demokratisch zum Präsidenten gewählt, bevor er 1955 selbst vom Militär wieder abgesetzt wurde. Nach einem Exilaufenthalt in Spanien und einer Phase Argentiniens, die innenpolitisch von unregelmäßigen Regimewechseln (unter anderem erneuten militärischen Staatsstreich), gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Krisen und damit einhergehender enormer Instabilität geprägt war, wurde er 1973 – kurz vor seinem Tod – erneut in das Amt des Präsidenten gewählt - gleichzeitig ernannte er seine Ehefrau, Isabel Perón, zur Vizepräsidentin. Nach seinem Tod 1974 trat diese seine Nachfolge an. Im Jahr 1976 kam es schließlich erneut zu einem Militärputsch, in dessen Zuge eine Junta installiert wurde, die – in wechselnder Besetzung – die nationalen Geschicke bis 1983 lenkte.

Während der gesamten Militärdiktatur kam es zu einer massiven Verfolgung politischer Dissident:innen wie Gewerkschaftsaktivist:innen und linker Guerillaorganisationen durch die Streitkräfte und weitere Sicherheitsorgane. Im Rahmen der unter dem Begriff "Schmutziger Krieg" bekannten "Säuberungsaktionen" wurden geheime Haftanstalten bzw. Internierungslager und Folterzentren errichtet (bspw. in der Marineschule ESMA). Tausende Menschen wurden gefoltert und ermordet; Schätzungen gehen von 10.000 bis 30.000 getöteten bzw. verschwundenen Personen ("Desaparecidos") aus. Auch kam es zu Kindesentführungen, deren Opfer zur Adoption unter politisch Gleichgesinnten (oftmals Offizier:innen) freigegeben wurden. Die Zahl wird auf rund 500 geschätzt. Im Rahmen dieser "Säuberungen"

kooperierten die Regierung, die Streitkräfte, die Polizei und die Geheimdienste untereinander sowie mit paramilitärischen Organisationen. Beispielsweise führt die "Alianza Anticomunista Argentina" Entführungen und Tötungen durch, konnte gleichzeitig aber auch als Schuldi ge präsentiert werden, um die institutionalisierten, staatlichen Taten zu verschleiern. Alle Beteiligten genossen dabei weitestgehend Straffreiheit.

Schlussendlich brach das Militärregime aber aufgrund einer Reihe von Faktoren zusammen, darunter einem zehnwöchigen Krieg um die Falklandinseln und weitere Territorien des Überseegebiets des Vereinigten Königreichs im Jahr 1982, den die Militärregierung verlor.

Die demokratischen Wahlen im Jahr 1983 stellen eine entscheidende Wende für Argentinien dar, da diese erstmals seit 1916 zu einer langfristigen Rückkehr zur Demokratie führten. Unter dem gewählten Präsidenten Raúl Alfonsín nahm die "Nationalen Kommission über das Verschwindenlassen von Personen" (CONADEP) erste Untersuchungen der Menschenrechtsverletzungen auf. CONADEP dokumentierte innerhalb weniger Monate bereits 8.963 Fälle gewaltsamen "Verschwindenlassens". Ab 1985 erfolgte eine juristische Aufarbeitung, in deren Zuge führende Täter:innen zu Haftstrafen verurteilt wurden. Die Regierung unter Alfonsín implementierte auch erste Reformen der Streitkräfte. So stellte sie ab 1988 mit dem Law of National Defense die zivile Kontrolle über das Verteidigungsministerium sicher und entzog den Streitkräften die Kontrolle über öffentliche Rüstungsunternehmen. Seit 1990 besetzen Zivilist:innen alle wichtigen politischen Posten, inkl. des Amt des:der Verteidigungsminister:in. Ein noch durch die Militärregierung erlassenes und durch Alfonsín aufgehobenes Amnestiegesetz wurde drei Jahre später (1986) wiederum vom Kongress durch zwei erneute, heftig umstrittene Amnestiegesetze ersetzt (Schlusspunkt- und Befehlsnotstandsgesetz). Einige bereits angestrebte Strafverfahren wurden somit fallen gelassen. Die Reform der Streitkräfte wurde ab 1989 nach der Wahl Carlos Menems vorangetrieben. Im Zuge der Reformen wurden die Streitkräfte in ihren Aufgaben auf Verteidigung und internationale Peacekeeping-Operationen zugeschnitten. 1994 wurde zudem die Wehrpflicht abgeschafft. Gleichzeitig setzte Präsident Menem jedoch auch auf die Begnadigung von ehemaligen Militärs, die vor allem höherrangige Militärs betraf.

Erst seit 2003, mit der Wahl Néstor Kirchners, zeichnete sich eine nachhaltige Kehrtwende in der Aufarbeitung der Vergangenheit ab; diese dauert bis heute an. So hob Kirchner das Schlusspunktgesetz und die meisten Bestimmungen des Befehlsnotstandsgesetzes wieder auf, die Strafverfolgung wurde erneut aufgenommen, Menschenrechtsinstitutionen gegründet und Gedenkstätten geschaffen.

Bis Juni 2021 sollen, Human Rights Watch zufolge, 3.493 Personen angeklagt und 1.030 verurteilt worden sein – darunter einige ranghohe Mitglieder der Militärjunta. Einige Verfahren stehen jedoch noch immer aus. Von den entführten Kindern sollen bisher 130 identifiziert worden sein.

Trotz dieser Maßnahmen bleibt das Vertrauen der Bevölkerung in die eigenen Streitkräfte gering: Laut den aktuellen Daten des World Value Surveys (WVS) geben 59,3 Prozent der Befragten an, wenig oder kein Vertrauen in die Streitkräfte zu haben (Stand 2017). Aktuelleren Daten des Latinobarometers zufolge liegt das Misstrauen mit 36,3 Prozent (Stand 2020) deutlich niedriger.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

**Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)**

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

### Kommentar

Ähnlich wie das Militär hat sich auch die Polizei in der Zeit der Militärdiktatur (1976 – 1983) mitschuldig an einer Vielzahl von schwerwiegenden Menschenrechtsverbrechen gemacht. Auch heute wird ihr immer wieder exzessive Gewalt, teilweise sogar Folter, Missbrauch oder Mord vorgeworfen; zudem ist Korruption in ihren Reihen weit verbreitet.

Nach Angaben der Vereinten Nationen weist Argentinien mit 795 Polizist:innen pro 100.000 Einwohner:innen (Stand: 2018) das höchste Verhältnis in der Region auf. Die Aufgabe der regulären Polizei (Bundespolizei; Policía Federal Argentina) umfasst die innere Sicherheit, den Schutz von Eigentums- und Freiheitsrechten, den Schutz demokratischer Rechte sowie die Verbrechensbekämpfung. Darüber hinaus bestehen regionale und lokale Polizeieinheiten in den verschiedenen Provinzen, Gemeinden und Städten. Auch wenn diese Einheiten administrativ und operativ den jeweiligen Provinzregierungen bzw. Kommunalverwaltungen unterstehen, übernimmt das 2010 gegründete Ministerium für Sicherheit (Ministerio de Seguridad) deren Koordination auf nationaler Ebene und unterstützt sie bspw. bei grenzüberschreitenden Operationen. Auch die Flughafensicherheitspolizei, die Küstenwache (Marinepräfektur) und die Gendarmerie unterstehen diesem Sicherheitsministerium. Alle Einheiten sind somit zuständig für die Innere Sicherheit.

Während die Gendarmerie vor allem die Bewachung der Grenzen und strategisch wichtiger Orte (etwa Kernkraftwerke) übernimmt, ist die Marinepräfektur zuständig für den Schutz großer Flüsse und Meeresgebiete, wo sie etwa gegen illegale Fischerei vorgeht. Hierzu kooperieren beide Einheiten auch eng mit den Streitkräften. Als paramilitärische Einheiten sind diese auch mit schwerem Gerät ausgestattet (siehe Box 3), unterstützen aber auch teilweise polizeiliche Einheiten etwa in der Bekämpfung von Schmuggel, irregulärer Migration oder dem Schutz von Botschaften.

Generell schränken finanzielle Engpässe die Handlungsfähigkeit und die Effizienz der Polizei ein und tragen zur weit verbreiteten Korruption bei. So kam es im Jahr 2013 bspw. in 21 von 23 Provinzen zu einem zehntägigen Polizeistreik, in deren Zuge die Arbeit niedergelegt und höhere Löhne gefordert wurden. Im Zuge des Streiks kam es auch zu Ausschreitungen und Plünderungen. Besonders den lokalen Polizeieinheiten werden vielerorts Korruption und Amtsmissbrauch vorgeworfen, außerdem sollen sie tiefgreifende Netzwerke zur organisierten Kriminalität unterhalten. Polizeieinheiten der Grenzregionen werden gar beschuldigt in den Menschenhandel verstrickt zu sein. Diese Entwicklungen lassen sich bis auf die 1980er

und 1990er Jahre zurückverfolgen, als die Polizei in städtischen Gebieten "befreite Zonen" (sog. zonas liberadas) einrichtete, in denen kleine kriminelle Gruppen gegen eine Gewinnabgabe frei operieren konnten. Über die folgenden Jahre wuchsen die Verstrickungen der Polizei in kriminelle Netzwerke weiter. Zusätzlich konnten kriminelle Organisationen und Familienclans enge Beziehungen zu lokalen Spitzenbeamten aufbauen. Zu den einflussreichsten Gruppen gehört etwa der in Rosarios ansässige Familienclan Los Monos, der ab den 2000er Jahren durch Drogenschmuggel und der Unterwanderung der lokalen Polizei eine enorme Macht innerhalb der Stadt aufbauen konnte. Dieser Fall zeigt, wie konsolidiert die Drogenkartelle auch in Argentinien sind. Weitere Beispiele für solche Clans sind bspw. die Cantero, Bassi, Funes, Camino, Torres, Castedo oder Loza, die oft tief verankert in den Gemeinden sind, da sie zum Teil Aufgaben übernehmen, die der Staat nicht leisten kann oder will.

In den vergangenen Dekaden hat es eine Vielzahl von kleineren Reformbemühungen gegeben (etwa in Bezug auf Transparenz, Rechenschaftspflichten oder der Umverteilung von Zuständigkeiten zwischen Bundes- und regionalen Polizeien), die sich oft jedoch als wenig effektiv herausstellten. Unter dem ehemaligen Präsidenten Macri wurde etwa eine Vielzahl von Polizeibeamten aus dem Dienst entlassen. Auch der 2019 gewählte Präsident Alberto Fernández strebte strukturelle Änderungen in der Justiz und in den Sicherheitsinstitutionen, wie der Bundespolizei, an. Eine substanzielle Reform hat es seit der Rückkehr zur Demokratie aber nie wirklich gegeben. Ein Hindernis für substanzielle Reformen stellte oftmals eine tiefe ideologische Meinungsverschiedenheit innerhalb der Zivilgesellschaft über angemessene politische Reaktionen auf die zunehmende Kriminalität dar. Bis dato sind also durchaus Anzeichen zu erkennen, dass die Behörden die Probleme zunehmend ernst nehmen. Dennoch unterminieren die genannten Probleme (wie Korruption und Klientelismus) im ganzen Land, verschiedene Skandale und eine immer noch weit verbreitete Straffreiheit diese Schritte.

Im Jahr 2020 wurden 297 Fälle von Gewalt durch Sicherheitskräfte gemeldet, unter anderem im Zuge der Durchsetzung von Hygienemaßnahmen im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie. Die Staatsanwaltschaft untersucht derzeit bspw. weiterhin die Tötung von zwei jungen Männern, die im Zusammenhang mit einem nationalen Lockdown verschwanden. So wurde etwa Facundo Astudillo Castro, mehrere Wochen nachdem er zuletzt im Rahmen einer Verkehrskontrolle der Buenos Aires Provinzpolizei gesehen wurde, tot aufgefunden. Zudem wurden mehrere Fälle von Folter und Missbrauch durch die Polizei bekannt. So sollen laut Human Rights Watch im selben Jahr 176 Fälle von angeblicher Folter oder Misshandlung und 16 gewaltvolle Todesfälle in den Bundesgefängnissen der nationalen Strafvollzugsbehörde gemeldet worden sein. Amnesty International berichtete auch im Jahresbericht 2023 von unaufgeklärten Tötungsdelikten: Die Polizei von Córdoba wird beschuldigt, für den Tod eines 17-jährigen Jungen, Valentino Blas Correas, im August 2021 verantwortlich zu sein. Auch der Tod einer jungen Frau, Daiana Soledad Abregú, in einer Arrestzelle der Polizei von Laprida (Buenos Aires Provinz), wurde lange nicht aufgeklärt. Während der für den Tod Correas verantwortliche Polizist derweil schuldig gesprochen und inhaftiert wurde, wurden die fünf Beschuldigten im Falle Abregús freigesprochen. Straffreiheit bleibt insgesamt problematisch; entsprechende weitere Fälle werden oftmals nicht oder nur sehr zögerlich untersucht. Weitere Informationen finden sich im Kommentar zur Achtung der Menschenrechte im Empfängerland.

Diese Unzulänglichkeiten spiegeln sich auch in der Beziehung zur Bevölkerung wider: Insgesamt ist das Vertrauen in die Polizei nach Daten des World Value Survey (WVS) als auch

des Latinobarometers zufolge sehr gering. So geben laut letzterem nur 37,4 Prozent der Befragten an, Vertrauen in die Polizei zu haben; laut WVS sind es sogar nur 29,8 Prozent.

## Diversität in den Sicherheitskräften

Frauen sind in den Streitkräften Argentiniens inzwischen relativ breit vertreten. Insgesamt machen sie rund 20,16 % des Militärpersonals aus: 20,0 % im Heer, 25,4 % in der Marine und 33,2 % in der Luftwaffe. Frauen wurden seit den frühen 1980er-Jahren schrittweise integriert: Die Marine öffnete sich 1980, Heer und Luftwaffe 1982, zunächst vor allem in Unterstützungs- und Fachdiensten (z. B. Medizin, Verwaltung oder Logistik). Offizierslaufbahnen waren grundsätzlich früh möglich, jedoch zunächst überwiegend in diesen Service-Bereichen; der Zugang zu höheren Positionen in Führungs- und Kampfeinheiten erfolgte erst später – im Heer ab 1997, in der Luftwaffe ab 2001 und in der Marine ab 2002. Innerhalb der Unteroffizierslaufbahnen ist der höchste von einer Frau erreichte Rang in allen drei Teilstreitkräften der eines „Chief Petty Officer“ (der höchstmögliche Rang); bei den Offizieren liegen die höchsten bisher erreichten Ränge jedoch bei dem des Colonels (noch vier mögliche Ränge darüber) in der Luftwaffe sowie den Brigadegeneral in Marine und Heer (noch zwei höhere Ränge möglich). An UN-Friedensmissionen beteiligten sich im Dezember 2025 210 Männer und 38 Frauen, was einem Anteil von etwa 15,3 % Frauen entspricht.

Es existieren rechtliche Regelungen zum Schutz vor sexuellen Übergriffen in den Streitkräften sowie institutionelle Maßnahmen (auch von Seiten des Verteidigungsministeriums aus) zur Förderung von Gleichstellung – etwa Gender-Büros und Gender-Verbindungsbeauftragte, die Schulungen durchführen, Fälle geschlechtsspezifischer Diskriminierung oder Gewalt bearbeiten und Statistiken erheben.

Auch in den Polizeikräften sind Frauen vertreten. Die Inklusion von Frauen hat in ganz Lateinamerika und auch in Argentinien schon eine lange Tradition: 1947 wurde die erste rein weibliche Polizeibrigade ins Leben gerufen; 1988 die erste auf Sexuelle und Geschlechtsbasierte Gewalt (SGBV) ausgerichtete Polizeistation („Comisaría de la Mujer“) – ein Konzept, das 1985 erstmals in Brasilien eingeführt wurde. 2019 gab es allein in der Hauptstadt 128 solcher Frauenpolizeistationen, die interdisziplinär und auch auf psychosoziale Betreuung von Gewaltopfern bzw. Überlebenden Häuslicher Gewalt ausgerichtet sind. Die Frauenanteile unterscheiden sich aufgrund der föderalen Struktur deutlich zwischen den Provinzen, sowie zwischen verschiedenen Institutionen: 2015 lag der Frauen-Anteil in der Airport Security Police bereits bei rund 38 %, in der Bundespolizei bei etwa 23 %, in der Nationalen Gendarmerie bei rund 18 % und in der Prefectura Naval (Küstenwache) bei etwa 9 %. In einzelnen Polizeibehörden lag der Anteil bereits 2015 deutlich höher (Buenos Aires lag bspw. bei rund 41 %). Bis 2018 soll der Frauenanteil bundesweit bereits bei 42,6 % gelegen haben – aktuellere Zahlen liegen paradoxerweise nicht vor. Hinsichtlich Frauen in Führungspositionen liegt allerdings auch heute noch ein enormes Ungleichgewicht vor: erst 2012 wurde eine Frau Leiterin der internen Aufsichtsbehörde, 2016 erstmals Vizepräsidentin. Im Januar 2025 wurden für 43 Direktionsbereiche nur eine Frau als Generaldirektorin ernannt – insgesamt sind lediglich zwei Frauen in Schlüsselpositionen der neuen Führungsstruktur vertreten.

Der Dienst durch Transgender-Personen war in den argentinischen Streitkräften nie explizit rechtlich verboten, Homosexualität allerdings schon. Seit 2009 ist der Dienst für alle LGBTQIA+-Personen explizit erlaubt und seit 2021 wird der Militärdienst für Transgender-Personen gefördert, indem 1 % der freien Stellen für Transgender-Personen reserviert werden müssen.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Nicht kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](http://ruestungsexport.info)).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

### Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Nicht beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Argentinien ist den meisten zentralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Lediglich dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 sowie dem Atomwaffenverbotsvertrag von 2021 ist das Land nicht beigetreten. Argentinien gilt laut Angaben des Cluster Munition Monitor 2024 nicht mehr als Produzent, verfügt aber noch über Restbestände. Über die aufgeführten Abkommen hinaus ist Argentinien Mitunterzeichner des Vertrags über das Verbot von Nuklearwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Treaty for the Prohibition of Nuclear Weapons in Latin America and the Caribbean, Vertrag von Tlatelolco). Diesen hat es 1967 unterzeichnet und 1994 ratifiziert. Zusätzlich hat es 2001 die Inter-Amerikanische Konvention gegen die illegale Herstellung von und den illegalen Handel mit Feuerwaffen, Munition, Sprengstoffen und ähnlichen Materialien (Inter-American Convention against the Illicit Manufacturing of and Trafficking in Firearms, Ammunition, Explosives, and Other Related Materials) ratifiziert. Auch das Interamerikanische Übereinkommen über die Transparenz beim Erwerb von konventionellen Waffen (Inter-American Convention on Transparency in Conventional Weapons Acquisitions) hat Argentinien 2004 ratifiziert.

Aktuell haben weder die UN noch die EU Sanktionen bzw. ein Waffenembargo gegen Argentinien verhängt.

### Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

#### Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>

**Box 5****Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026**

*President Javier Milei's second year in office was characterized by cuts to public funding for social programs, obstacles to people's freedom of peaceful assembly, and attempts to undermine constitutional checks on executive power. The government said slower price inflation had helped reduce poverty rates, but the share of informal workers increased.*

Quelle: Human Rights Watch World Report 2026

<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/argentina>

**Box 6****Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

*Barriers to abortion increased alarmingly. High rates of femicide and gender-based violence persisted and support services for women suffering violence were cut. Journalists experienced violence amidst shrinking civic space. Violent repression by the authorities continued in response to protests. Severe austerity measures particularly affected older people and persons with disabilities. Climate action was "critically insufficient".*

Quelle: Amnesty International Report 2026

<file:///C:/Users/paul.rohleder/Downloads/POL1003202026ENGLISH-1.pdf>

**Box 7****Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025**

Bewertung für Argentinien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 35/40

Politische Rechte: 50/60

Gesamtbewertung: Frei (85/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

## Box 8

### Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025

*Argentina is a vibrant representative democracy with competitive elections, lively media and civil society sectors, and unfettered public debate. Economic instability, institutional weakness, corruption, and drug-related violence are among the country's most serious challenges.*

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/argentina/freedom-world/2025>

## Kommentar

Argentinien ist allen relevanten UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten. Die Verfassung schützt Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit, und die Regierung respektiert diese Rechte weitestgehend. Trotzdem gibt es immer wieder Berichte über Einschränkungen von Menschenrechten durch staatliche Kräfte. So sind mehrere Fälle tödlicher Polizeigewalt bekannt, bei denen die Verantwortlichen nicht vollständig strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen wurden. Am 5. Juni 2022 starb Daiana Solledad Abregú in Polizeigewahrsam; fünf wegen schweren Mordes angeklagte Polizist:innen sind nach über zwei Jahren weiterhin auf freiem Fuß, und vier von ihnen arbeiten wieder im Polizeidienst. Menschenrechtsorganisationen berichten auch regelmäßig von Misshandlungen durch Polizeibeamt:innen. Korruption und ein langsamer, politisch beeinflusster Justizapparat behindern Untersuchungen, sodass Straffreiheit ein bedeutendes Problem bleibt. Ein Verfahren gegen 13 Polizeibeamt:innen, die im August 2021 für den Tod von Valentino Blas Correas verantwortlich gemacht wurden, endete im März 2023 jedoch mit lebenslangen Haftstrafen für zwei Haupttäter und ein- bis fünfjährigen Haftstrafen für weitere elf Beteiligte. Besonders prekär ist die Situation in Gefängnissen. Gemäß dem HRW-Bericht 2023 wartete etwa die Hälfte der über 11.000 Gefängnisinsass:innen auf ein Verfahren, und allein 2021 dokumentierten Organisationen 233 Fälle von Folter oder Misshandlungen in Haft.

Laut Reporter ohne Grenzen (RSF) gibt es wenig bis keine staatliche Zensur; Online-Inhalte filtern oder blockieren die Behörden laut Freedom House selten. Allerdings haben Drohungen und gewalttätige Angriffe auf Journalist:innen in den letzten Jahren zugenommen. Das Argentine Journalism Forum (FOPEA) dokumentierte 2021 14 physische Angriffe auf Journalist:innen – und auch staatliche Akteure haben Medienschaffende verbal scharf attackiert und die Stimmung gegen diese aufgeheizt. RSF stuft Argentinien im Weltindex der Pressefreiheit für 2023 auf Platz 40 von 180 Ländern ein (73,36 / 100 Punkte), was ein relativ hohes Maß an Pressefreiheit anzeigt, aber auch eine deutliche Verschlechterung gegenüber Platz 29 im Jahr 2022 darstellt. 2024 fiel Argentinien nach RSF-Bewertung sogar auf Platz 66 (63,13 Punkte), was die Verschlechterung der Lage widerspiegelt – unter anderem wegen der aggressiven Haltung des Präsidenten, Javier Mileis, gegenüber Journalist:innen sowie der Schließung und Privatisierung wichtiger (staatlicher) Nachrichtenagenturen, wie bspw. Télam.

Die Diskriminierung indigener und afro-argentinischer Personen bleibt weit verbreitet: Diese Gruppen haben schlechteren Zugang zu Justiz, Bildung und Gesundheitsversorgung. Auch die durch die Verfassung garantierten Landrechte indigener Gemeinschaften verletzen Behörden und Unternehmen weiterhin in der Praxis, indem sie indigene Gruppen durch Agrar- und Rohstoffprojekte von ihrem Land vertreiben und ihre traditionelle Lebensweise einschränken (siehe hierzu auch das Kapitel [Spannungen und innere Konflikte](#)).

### **Geschlechtsspezifische Gewalt**

Argentinien hat auf internationaler Ebene die wichtigsten Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) sowie zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert, darunter die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) und die Convention on the Rights of the Child, je mit ihren Fakultativprotokollen. Auf nationaler Ebene ist die Umsetzung bestehender, theoretisch recht weitreichender Schutzmechanismen durch die Behörden vielfach unzureichend.

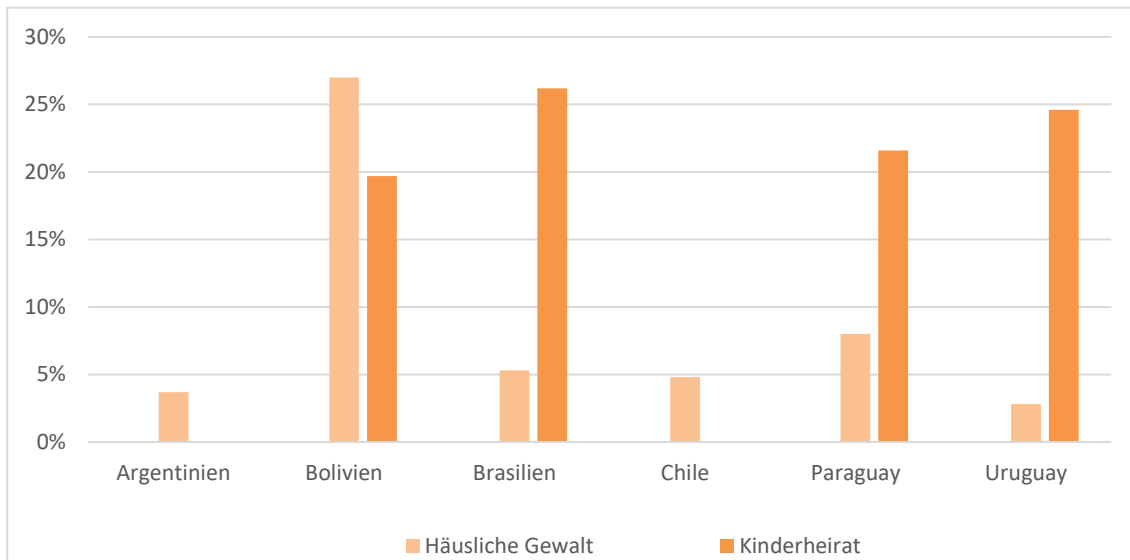
Geschlechtsspezifische Diskriminierung und GBV bleiben ein allgegenwärtiges Problem und Gewalt in der Partnerschaft ist weit verbreitet. 2023 gaben 45 % der Befragten an, schon mal irgendeine Form geschlechtsspezifischer Gewalt erlebt zu haben; 21 % erlebten häusliche Gewalt. Jedoch erstatteten 77 % der Betroffenen keine Anzeige. Lokalen NGOs zufolge führt auch die Nachlässigkeit von Polizei und Justiz häufig zu einem fehlenden Schutz der Betroffenen. Das argentinische Gesetz bietet zwar weitgehenden Schutz vor GBV – insbesondere Todesfälle, die hierauf zurückzuführen sind, sollen besonders hart bestraft werden. Dennoch bleibt die Zahl der geschlechtsspezifischen Tötungen konstant hoch und die der Verurteilungen niedrig. Zwischen 2017 und 2021 verzeichnete das Land durchschnittlich 273 Femizide pro Jahr; in rund einem Viertel der Fälle durch Schusswaffen. Im Jahr 2021 wurde von 251 dokumentierten Femiziden aber nur in sechs Fällen eine Verurteilung ausgesprochen. Statistisch wurde im Jahr 2024 alle 33 Stunden ein Femizid begangen. Auch die Strafverfolgungsquote für sexualisierte Gewalt (SGBV) liegt mit 15,5 Prozent sehr niedrig. Das erstaunt im Hinblick auf das etablierte Konzept der spezifisch auf SGBV ausgerichteten Frauenpolizeien (Comisaría de la Mujer; siehe Kommentar zu [Diversität in den Sicherheitskräften](#)). Allerdings wurden allein zwischen 2013 und 2020 und allein in der Provinz Buenos Aires auch rund 6.000 Polizisten wegen Gewalt an Frauen angezeigt.

Für die Rechte von LGBTQIA+-Personen ist Argentinien dagegen ein regionaler Vorreiter: Argentinien war 2010 das erste südamerikanische Land, das die gleichgeschlechtliche Ehe legalisierte, im Jahr 2012 wurde die Geschlechtsänderung in offiziellen Dokumenten ermöglicht, und 2021 hat Argentinien ein drittes Geschlecht in offiziellen Dokumenten anerkannt. Im Equaldex erreicht Argentinien den 21. Rang von 197. Die öffentliche Meinung hinkt mit nur 61 von 100 Punkten der progressiven rechtlichen Lage (87/100 Punkte) deutlich hinterher. Die Nationale Beobachtungsstelle für Hassverbrechen registrierte 120 Hassverbrechen gegen LGBTQIA+-Personen und 17 Tötungen allein im Jahr 2021.

Hinsichtlich des Schutzes von Kindern gibt es weiterhin Probleme: Im Jahr 2020 waren 16 % bzw. 2,7 Mio. Frauen (zwischen 20 und 24) unter 18 Jahren verheiratet; 2 % (525.000) sogar unter dem Alter von 15 Jahren. Damit liegt die Zahl so hoch wie bereits in den 1990er Jahren. Vor allem in ärmeren Haushalten ist die Praxis verbreitet und betrifft hier bis zu jeder vierten Frau. Auch Kinderarbeit ist weit verbreitet, wobei Argentinien hier in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte machte: 2024 erreichte das Land 91 % seiner gesteckten Ziele des Nationalen Aktionsplans gegen Menschenhandel und legte ein Folgeprogramm (bis 2026)

auf. Dennoch waren zuletzt 5,3 % bzw. schätzungsweise 371.771 der 5- bis 14-jährigen Kinder in Arbeit. Weibliche Genitalverstümmelung ist keine verbreitete Praxis in Argentinien.

### **Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %**



Quelle: United Nations Population Fund; [GBV Data explorer](#)

## **Innere Lage im Empfängerland**

### **Box 9**

#### **Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung**

As for political transformation, the situation stagnated or even regressed. The Fernández government took advantage of the decree powers conferred by Congress and made excessive use of necessity and urgency decrees (NUDs) to deal with the dual crisis, almost completely sidelining the legislative branch. Checks and balances came under additional pressure from the government's persistent attacks on the judiciary, which it has sought to control, although key bodies such as the Supreme Court (CSJ) remained resilient. The latter includes prominent anti-corruption judges who continued to investigate Vice President Cristina Fernández de Kirchner for corruption cases. In December 2022, she was sentenced to six years in prison for fraud "to the detriment of the state" and banned for life from holding public office, although it appeared that she might slip off through several loopholes. This and similar cases provided the background for Peronist forces accusing the judiciary of "lawfare" against prominent Peronist leaders. The real power play, however, took place not so much between the government and the center-right parliamentary opposition but within the government itself – between the moderate and radical wings of Peronism. The former is represented by President Fernández and some cabinet members, the latter by Vice President Fernández and her supporters in the cabinet and Congress. Hostility intensified after the lost mid-term elections and led to the blockading of several important policies, most notably the handling of IMF conditions and austerity measures to reduce the budget deficit.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/ARG>

### Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte Argentinien lediglich 36 von 100 möglichen Punkten (2024: 37 Punkte). Damit erreichte es das gleiche Ergebnis wie Belize oder die Ukraine. Zum Vergleich: Deutschland erlangte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

### Spannungen und innere Konflikte

Argentiniens neuere Geschichte ist durch eine Vielzahl von Regimewechseln und politischer Instabilität gekennzeichnet. Immer wieder griff das Militär, u. a. durch sechs Putsche zwischen 1930 und 1976, aktiv in die Politik ein. Das Militär führte das Land wiederholt (siehe auch Kapitel [Rolle des Militärs in der Gesellschaft](#)). Seit dem Ende der Militärdiktatur 1983 konnte sich jedoch eine lebendige Demokratie etablieren. Dennoch bestehen intern einige Spannungen:

Eine persistente Konfliktlinie im Land betrifft die Situation der indigenen Bevölkerung. Wie keine andere Bevölkerungsgruppe leiden Indigene unter Armut und struktureller Diskriminierung. Rassismus, Isolation sowie Vernachlässigung durch die Regierung führen dazu, dass insbesondere im Norden des Landes – wo ein Großteil der indigenen Bevölkerung lebt – die Armutsquote über 50 Prozent liegt. Die Covid-19-Pandemie hat die Lage weiter zuge-spitzt, sodass einige indigene Gemeinden von akuter Mangelernährung bedroht sind. Auch heute, Jahre später, stellt Unterernährung bei Kindern in der Region weiterhin ein Problem dar. Auch Gewalt gegen Indigene ist ein großes Problem: Zum einen kommt es im Rahmen von Landkonflikten häufig zu Gewalt gegen indigene Personen. Zum anderen trifft geschlechtsspezifische Gewalt indigene Frauen überproportional häufig. Die Konflikte um die Landansprüche der indigenen Völker haben sich seit 2017 verschärft. Der argentinische Staat hat es versäumt, die Landrechte indigener Völker zu garantieren und durchzusetzen sowie der wirtschaftlichen Ausbeutung ihrer Gebiete durch große Wirtschaftskonzerne ein Ende zu setzen. Ein im Jahr 2021 von der Regierung Fernández unterzeichnetes Abkommen zur Nutzung von zwei Hektar Land durch indigene Gruppen, das auch die Anerkennung von „heiligem Land“, Wohnungsbau und einen Stopp von Vertreibungsaktivitäten vorsah, stoppte die Regierung Milei im Mai 2024. Auch bei Protesten indigener Aktivist:innen wenden Sicherheitskräfte häufig unverhältnismäßige und unrechtmäßige Gewalt an, wie die Verhaftung des Mapuche-Anführers Facundo Huala Jones oder der ungeklärte Tod des Aktivisten Santiago Maldonado während eines Polizeieinsatzes zeigen.

Auch wenn Drogenkartelle in Argentinien weniger verbreitet sind als in anderen Staaten der Region, haben sie sich in den letzten Dekaden etabliert und könnten den Staat destabilisieren. Die Gruppen sind zumeist lokal verankert, kontrollieren bestimmte Stadtviertel und erkaufen sich Gefolgschaft, indem sie Leistungen übernehmen, die der Staat nicht leisten kann oder will. Insbesondere Rosario, Córdoba, Buenos Aires sowie kleinere Städte in den nördlichen Regionen stehen unter dem Einfluss von Kartellen. Vor allem ihre Verbindungen zu politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie die Unterwanderung der lokalen Polizei zeigen, dass Drogenkartelle auch in Argentinien fest etabliert sind. Die zunehmende Gewalt

(siehe Kommentar zu [Kriminalität](#)) stellt den argentinischen Staat dabei vor eine Herausforderung.

In den letzten Jahren stiegen Armut und Ungleichheit zudem weiter an. Dabei spitzen die steigende Inflation, eine schwache Wirtschaft sowie hohe Zahlen von Arbeitslosigkeit die Lage weiter zu und belasten dadurch die Beziehung zwischen politischer Elite und der Bevölkerung. In der zweiten Jahreshälfte 2020 gingen Tausende von Bürger:innen gegen die Regierung Fernández auf die Straße. Ihr Protest richtete sich gegen die während der Covid-19-Pandemie auferlegten Beschränkungen, die verheerende Wirtschaftslage sowie die zunehmende Arbeitslosigkeit und Armut. Insgesamt herrschte wenig Vertrauen in die ehemalige Regierung: Einer Umfrage von Latinobarómetro von 2020 zufolge gingen 74,6 Prozent der Befragten davon aus, dass die politische Elite nicht für das Wohl des Volkes regiert, sondern zu ihrem eigenen Vorteil. Massive Korruption untergräbt das Vertrauen in staatliche Organe weiter. Mangelnde Transparenz sowie schwache Institutionen und ein ineffizientes sowie politisch beeinflusstes Justizsystem behindern deren Eindämmung. Korruptionsvorwürfe gegen (ehemalige) Regierungsmitglieder verstärken das Misstrauen in den Staat und die politischen Eliten zusätzlich.

Zu den prominentesten Fällen gehört der Korruptions- und Geldwäscheverwurf gegen die ehemalige Präsidentin und Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner. Ermittlungsbehörden beschuldigen sie, während ihrer Regierungszeit Gelder veruntreut zu haben. Im Dezember 2022 verurteilte ein Gericht Fernández de Kirchner wegen „Betrugs im öffentlichen Dienst“ während ihrer Präsidentschaft zu sechs Jahren Haft und zu einem lebenslangen Verbot, öffentliche Ämter zu bekleiden. De Kirchner wies die Vorwürfe zurück und beschuldigte die Staatsanwaltschaft öffentlich einer politischen Motivation. In ihrer Position als Vizepräsidentin genoss sie Immunität; im Juni 2025 wies der Oberste Gerichtshof eine Berufung Kirchners zurück. Doch auch über den Fall Kirchner hinaus bleibt das Verhältnis von Regierung und Justiz angespannt. Wiederholt sprachen Ex-Präsident Fernández und Vizepräsidentin Kirchner im Zusammenhang mit der Anklage Kirchners von einer drohenden „Politisierung der Judikative“. Der ehemalige Präsident Macri erhob zwei der amtierenden Richter:innen unter Umgehung der verfassungsrechtlichen Verfahren per Dekret ins Amt; diese blockierten Untersuchungen gegen die Regierung Macri. Auf der anderen Seite plante die Regierung, den Obersten Gerichtshof von fünf auf 15 Richter:innen zu erweitern – da die:der Präsident:in diese ernannt, hätte dieser Schritt grundsätzlich politische Einflussnahme ermöglicht. Unter Milei gab die Regierung die Erweiterung auf, nominierte jedoch zwei neue Richter. Die Ernennung Ariel Lijos stieß bei Beobachter:innen auf große Besorgnis, da gegen ihn derzeit drei Disziplinarverfahren anhängig sind. Laut Human Rights Watch stellten zuständige Stellen weitere 29 Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Diese bezogen sich unter anderem auf Vorwürfe der Verzögerung oder Manipulation von Korruptionsermittlungen. Ermittlungsbehörden untersuchten ihn zudem bereits wegen Geldwäsche und Bestechung. Die Ernennung verstößt darüber hinaus gegen ein Präsidialdekret aus dem Jahr 2003, das die Berücksichtigung von Geschlechtervielfalt fordert.

Insgesamt zeichnet sich im Land eine politische Polarisierung ab, die sich unter anderem im versuchten Attentat auf Vizepräsidentin Kirchner im September 2022 sowie in der anschließenden öffentlichen Debatte über eine mögliche Inszenierung widerspiegelt. Die Wahl des Rechtspopulisten Javier Milei zum Präsidenten im November 2023 gilt ebenfalls als Ausdruck der Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Situation des Landes und der politischen Elite.

## Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

### Geographische Lage

Argentinien grenzt im Westen an Chile, östlich an Uruguay und Brasilien, nordöstlich an Paraguay und nördlich an Bolivien. Einen großen Teil der südlichen Grenze bildet der Südatlantik, die westliche Grenze ist primär durch die Anden geprägt. Mit 45,7 Millionen Einwohner:innen (Stand 2024) und einer Ausdehnung von 2,8 Millionen Quadratkilometern ist es das flächenmäßig zweitgrößte und im Hinblick auf die Bevölkerungszahl drittgrößtes Land Südamerikas. Aufgrund seiner großen Fläche ist es durch verschiedene klimatische Zonen – Savannen, Berglandschaften und Sumpfgebiete – geprägt. So ist die Geographie des Landes sehr divers und reicht von Aconcagua – mit 6.960 Metern dem höchsten Berg außerhalb Asiens – bis zum Salzsee Laguna del Carbón, der unter dem Meeresspiegel liegt. Auch das Ökosystem ist extrem vielfältig.

Spanien begann im frühen 16. Jahrhundert mit der Kolonialisierung Argentiniens. Zeitweise geriet das Gebiet auch unter französische und britische Herrschaft. In blutigen Auseinandersetzungen erkämpfte sich das Land seine Unabhängigkeit und löste sich 1816 vom spanischen Kolonialreich. Seit 1880 besteht Argentinien in seinen heutigen Grenzen. Im Zuge der Kolonialisierung rotteten die Kolonialmächte einen großen Teil der indigenen Gesellschaften aus. Gleichzeitig migrierten vor und nach der Unabhängigkeit zahlreiche Europäer:innen nach Argentinien. Heute besitzen daher die meisten argentinischen Bürger:innen europäische Vorfahren – Indigene Bevölkerungsgruppen machen nur noch etwa 2,5 Prozent der Bevölkerung aus, wobei die Mapuche die größte Gruppe bilden. Afro-Argentinier:innen stellen mit rund 0,4 Prozent ebenfalls eine Minderheit dar. Spanisch gilt als offizielle Landessprache. Aufgrund der Kolonialgeschichte und späterer Migration sprechen viele Menschen auch Englisch, Deutsch, Französisch oder Italienisch. Darüber hinaus nutzen einige Bevölkerungsgruppen weiterhin indigene Sprachen wie Quechua, Guaraní und Mapudungun.

Die Hauptstadt und das wirtschaftliche Zentrum ist Buenos Aires, das nordöstlich, direkt an der Grenze zu Uruguay liegt. Rund ein Drittel der Bevölkerung lebt hier. Das Land weist wenig spezielle Bodenschätze auf, verfügt aber über Vorkommen von Lithium, Silber und Boron sowie über Gas- und Ölvorkommen.

### Politische Situation in der Region

Die meisten Staaten Südamerikas gelten als vergleichsweise demokratisch und politisch stabil. Dennoch bedrohen einzelne Staaten die Stabilität der Region. Der Fragile State Index bewertet Argentinien ebenso wie seine Nachbarstaaten Chile und Uruguay als „stabil“. Dagegen stuft der Index Brasilien, Paraguay und Bolivien als in „warnendem“ Maße von staatlicher Fragilität betroffen ein. Auch Peru, Suriname, Guyana, Ecuador und Kolumbien gelten laut Index als in „warnendem“ Maße fragil. Venezuela weist sogar ein „alarmierendes“ Maß an Fragilität auf. Der Bertelsmann Transformation Index (BTI) klassifiziert Venezuela zudem als „hard-line autocracy“. Chile und Uruguay ordnet der BTI als „democracies in consolidation“ ein, während er die übrigen südamerikanischen Staaten als „defective democracies“ bewertet. In Übereinstimmung mit dieser Einschätzung stuft Freedom House Venezuela als „nicht frei“ ein. Bolivien, Peru und Paraguay gelten dort als „teilweise frei“, während Argentinien sowie die übrigen südamerikanischen Staaten den Status „frei“ erhalten.

Hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit zeigt sich in der Region ein gemischtes Bild. Der Rule of Law Index attestiert Chile und Uruguay ein vergleichsweise hohes Maß an

Rechtsstaatlichkeit. Venezuela rangiert hingegen auf dem letzten Platz unter 140 untersuchten Staaten und weist ein äußerst schwaches Niveau an Rechtsstaatlichkeit auf. Auch Bolivien erreicht lediglich ein geringes Maß. Argentinien sowie die übrigen südamerikanischen Staaten wahren der Bewertung zufolge zumindest in mittlerem Umfang rechtsstaatliche Prinzipien.

Für die gesamte Region stellt organisierte Kriminalität ein erhebliches Problem dar und gefährdet die politische Stabilität. Poröse und schwer kontrollierbare Grenzen begünstigen den transnationalen Schmuggel von Drogen, Menschen und Waffen. Weit verbreitete Korruption innerhalb politischer Eliten und der Sicherheitskräfte verschärft diese Herausforderungen in allen Staaten der Region zusätzlich. Darüber hinaus belasten teilweise gravierende innenpolitische Probleme die regionale Stabilität: Brasilien, Bolivien und Peru erlebten in den vergangenen Jahren ausgeprägte politische Polarisierung und Destabilisierungsprozesse. Während Brasiliens ehemaliger Präsident Jair Bolsonaro deutlich antidemokratische Tendenzen zeigte, legten in Peru die Amtsenthebung des ehemaligen Präsidenten und die anschließenden Proteste strukturelle Krisen des Regierungssystems offen.

Innerhalb der Region nimmt insbesondere die politische Situation in Venezuela eine zentrale Rolle ein. Zeitweise verfügte das Land de facto über zwei Präsidenten: Nicolás Maduro sowie Juan Guaidó, den die Nationalversammlung 2019 zum Interimspräsidenten erklärte. Die extreme politische Krise und der sozioökonomische Zusammenbruch des Landes lösten eine komplexe humanitäre Katastrophe aus, die großräumige Fluchtbewegungen innerhalb der Region verursachte. Rund 7,7 Millionen venezolanische Bürger:innen, darunter zahlreiche Kinder, flohen in Nachbarstaaten und darüber hinaus. Diese Entwicklung belastet insbesondere die Beziehungen zu Kolumbien, das das wichtigste Aufnahmeland venezolanischer Geflüchteter darstellt. Zusätzlich verschärfen anhaltende Grenzstreitigkeiten das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen beiden Staaten. Wie sich die Situation in Venezuela mit der Entführung des Präsidenten Maduro durch die USA zu Beginn des Jahres 2026 weiterentwickeln wird, bleibt abzuwarten.

In den letzten Jahren hat die Covid-19-Pandemie, die Südamerika besonders stark traf, die bestehenden strukturellen Probleme der Staaten der Region weiter verschärft. In zahlreichen Ländern lösten diese Entwicklungen Proteste gegen politische Eliten und deren Umgang mit den sozioökonomischen Krisen aus. Ähnlich wie Argentinien sieht sich die gesamte Region mit ausgeprägten sozialen und ökonomischen Ungleichheiten, geringem Wirtschaftswachstum und überlasteten Sozialsystemen konfrontiert. Kaum einer südamerikanischen Regierung gelang es, während der Pandemie und angesichts der damit verbundenen Belastungen für Gesundheits- und Wirtschaftssysteme ein überzeugendes Krisenmanagement zu etablieren. Die Covid-19-Pandemie sowie Konflikte über den politischen Umgang mit ihr verschärften dabei vor allem bereits bestehende politische und gesellschaftliche Spaltungslinien. Bereits vor Ausbruch der Pandemie kam es 2019 in zahlreichen südamerikanischen Staaten – darunter Chile, Kolumbien und Ecuador – zu massiven Protesten gegen soziale Ungleichheiten.

### **Grenzkonflikte**

In der Region bestehen zahlreiche Konflikte über Grenzverläufe. Insbesondere zwischen Argentinien und Chile treten immer wieder Spannungen auf. Beide Staaten streiten über einen rund 60 Kilometer langen Grenzabschnitt in den Anden, den sogenannten Campo de Hielo Sur (dt. Südliches Patagonisches Eisfeld). Bislang legten die beiden Länder keine

verbindliche Grenzziehung fest, da eine 2001 eingesetzte gemeinsame Grenzkommission den Grenzverlauf weiterhin kartieren und abgrenzen muss. Im Jahr 2021 kündigte Chile per Dekret an, sein Staatsterritorium im Bereich des Meeresbodens um etwa 5.000 km<sup>2</sup> ausdehnen zu wollen – zulasten Argentinien. Diese Auseinandersetzung über antarktische See-grenzen führte 2022 zu diplomatischen Spannungen zwischen beiden Staaten. Bislang kam es weder zu weiteren Vorfällen noch zu einer Einigung.

Auch mit dem Vereinigten Königreich besteht ein Grenzkonflikt, der in der Vergangenheit militärisch eskalierte. Im Jahr 1982 erhob Argentinien Anspruch auf die vom Vereinigten Königreich verwalteten Falklandinseln (Islas Malvinas), Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln und besetzte diese militärisch. Diese Aktion löste den sogenannten Falklandkrieg zwischen beiden Staaten aus. Bis heute verankert Argentinien seine Gebietsansprüche in der Verfassung, erklärte jedoch 1995, auf eine gewaltsame Durchsetzung zu verzichten. Damit rückte eine diplomatische Lösung des Konflikts in den Vordergrund. Das Vereinigte Königreich weist die argentinischen Forderungen weiterhin zurück.

Mit Uruguay erzielte Argentinien hingegen einen Kompromiss über den Grenzverlauf. Die im Mündungsgebiet des Río de la Plata gelegene Isla Martín García liegt vollständig in uruguayischen Hoheitsgewässern, gehört jedoch bei Ebbe zum argentinischen Hoheitsgebiet.

Auch entlang der maritimen Grenzen Argentinien kommt es regelmäßig zu Konflikten. Ausländische Fangflotten dringen wiederholt in argentinische Hoheitsgewässer ein, um dort illegal zu fischen. Allein im April 2021 registrierten die Behörden 517 Schiffe. Laut einem Bericht der Organisation Oceana stellten zwischen Januar 2018 und April 2021 chinesische Schiffe 69 Prozent der an illegaler Fischerei beteiligten Flotten. Darüber hinaus beteiligten sich auch Schiffe aus Spanien, Südkorea und Taiwan an diesen Aktivitäten. Die ausländische Überfischung stellt ein erhebliches Problem dar, verursacht jährlich Schäden in Höhe mehrerer Milliarden US-Dollar und schädigt nachhaltig das maritime Ökosystem. Als Reaktion darauf verstärkte die argentinische Marine in den vergangenen Jahren die Überwachung der Fangflotten und griff mehrfach ein. So versenkte sie 2016 ein chinesisches Fischerboot, das illegal in argentinischen Gewässern operierte, und kaperte 2020 zwei weitere Schiffe wegen unerlaubter Fischerei.

### **Regionale Rüstungskontrolle**

Mit der Unterzeichnung des Vertrags über das Verbot von Nuklearwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Treaty for the Prohibition of Nuclear Weapons in Latin America and the Caribbean; Vertrag von Tlatelolco) im Jahr 1967 setzten die Staaten der Region einen Meilenstein der nuklearen Rüstungskontrolle. Der Vertrag untersagt Tests, Stationierung, Besitz und Herstellung von Nuklearwaffen in Lateinamerika und der Karibik. Dennoch blieb seine weitergehende Wirkung begrenzt und führte nicht zur Etablierung umfassender regionaler Rüstungskontrollmechanismen in anderen Bereichen. So unterzeichneten Argentinien, Brasilien und Chile zwar 1991 das Mendoza-Übereinkommen, das die Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe und den Einsatz chemischer und biologischer Waffen verhindern sollte, setzten den Vertrag jedoch nie in Kraft. Nach dem Ende des Kalten Krieges verlagerten die Staaten der Region ihren Schwerpunkt stattdessen auf vertrauensbildende Maßnahmen. Dazu zählten insbesondere der Austausch militärischer Informationen, die Teilnahme an UN-Berichterstattungsinstrumenten sowie die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen.

Darüber hinaus schufen die Staaten mit der *Inter-American Convention against the Illicit Manufacturing of and Trafficking in Firearms, Ammunition, Explosives, and Other Related Materials* einen regionalen Rahmen zur Bekämpfung der transnationalen (illegalen) Proliferation von Kleinwaffen. Ergänzend fördert das Interamerikanische Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten zu Importen und Exporten konventioneller Rüstungsgüter und soll so vertrauensbildend wirken.

Als regionales Instrument des United Nations Office for Disarmament Affairs ist zudem das Regional Centre for Peace, Disarmament and Development in Latin America and the Caribbean (UNLIREC) in der Region tätig. Das Zentrum unterstützt die Staaten nicht nur beim Kapazitätsaufbau, sondern begleitet sie auch bei der Implementierung und Operationalisierung von Kontrollmechanismen für Klein- und Leichtwaffen.

## Bedrohung von Alliierten

### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Weder in Argentinien selbst noch in den angrenzenden Staaten Chile, Bolivien, Uruguay, Paraguay oder Brasilien sind alliierte Streitkräfte stationiert.

Bis heute ist die Gefahr eines militärischen Konfliktes zwischen Argentinien und dem Vereinigten Königreich nicht komplett ausgeschlossen. Im Falkland-Krieg, der 1982 zwischen beiden Ländern ausbrach und bei dem auf beiden Seiten Waffen aus NATO-Ländern eingesetzt wurden (etwa belgische FN-FAL Gewehre und französische Exocet Raketen), spielten deutsche Waffen aber keine nennenswerte Rolle.

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 13**

### ***Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen***

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Argentinien ist allen wesentlichen Abkommen zur Abwehr und Bekämpfung von Terrorismus beigetreten. In den 1990ern wurden in Argentinien zwei Bombenanschläge gegen jüdische Einrichtungen verübt – seitdem kam es aber zu keinerlei terroristischen Angriffen mehr. Entsprechend lässt sich die Terrorismusgefahr in Argentinien als gering einschätzen.

Vor dem historischen Hintergrund der Militärdiktatur, die jegliche Opposition pauschal als „terroristisch“ klassifizierte und auf dieser Grundlage ihr repressives Vorgehen legitimierte, bleibt nationale Anti-Terror-Gesetzgebung in Argentinien ein besonders sensibles Thema. Nach der Rückkehr zur Demokratie verabschiedete die Regierung im August 1984 das sogenannte „Gesetz zur Verteidigung der Demokratie“, mit dem sie den rechtlichen Handlungsspielraum künftiger Regierungen bewusst begrenzte.

Erst infolge des politischen Drucks der Vereinigten Staaten reformierte Argentinien nach den Anschlägen vom 11. September 2001 seine nationale Anti-Terror-Gesetzgebung. In diesem Zusammenhang erweiterte der Gesetzgeber bestehende Regelungen unter anderem um die Straftatbestände der „Terrorismusfinanzierung“ sowie der Zugehörigkeit zu einer „illegalen terroristischen Vereinigung“. Mit der Verabschiedung eines weiteren Anti-Terrorismus-Gesetzes im Jahr 2011 verschärfte Argentinien den rechtlichen Rahmen erneut, indem es bei als terroristisch eingestuften Straftaten sowohl die Mindest- als auch die Höchststrafen verdoppelte. Kritisch bleibt dabei, dass diese Strafverschärfung nicht ausschließlich auf terroristische Gewalttaten beschränkt ist, sondern grundsätzlich auf sämtliche Straftatbestände angewendet werden kann.

### Internationale Kriminalität

**Tabelle 14**

#### *Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Argentinien ist allen wichtigen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten und kooperiert mit Nachbarstaaten sowie europäischen Ländern bei der

Bekämpfung organisierter Kriminalität (OK). Zwar existiert ein grundsätzlich adäquater legislativer Rahmen gegen OK, doch setzt Argentinien Gesetze teils nur lückenhaft um. Die geografische Lage – mit gemeinsamen Grenzen zu drogenproduzierenden Ländern wie etwa Bolivien, Paraguay sowie mit hoher Präsenz organisierter Kriminalität wie Brasilien und Uruguay und starken Handelsverbindungen nach Europa – macht das Land zu einem wichtigen Transitland für Drogen-, Waffen- und Menschenhandel.

In der letzten Dekade nahm besonders die Drogenkriminalität zu. Argentinien fungiert zunehmend auch als Abnehmer- und Exportland, vor allem für Cannabis und Kokain. Obwohl große Drogenkartelle in Argentinien weniger präsent sind als in anderen Staaten der Region, etablierten sich in den vergangenen Jahren mafiaähnliche Familienclans und seit den 2010er Jahren transnationale Netzwerke, vor allem mit Verbindungen zu mexikanischen und kolumbianischen Kartellen. Auch der Schmuggel von Waffen hat in den vergangenen Jahren entsprechend zugenommen. Waffenteile, teils auch aus Europa und den USA, werden in Argentinien montiert, anschließend über Paraguay geschmuggelt und schließlich nach Brasilien verkauft. Seit den späten 2000er Jahren entwickelte sich Argentinien zunehmend zu einer regionalen Drehscheibe des Menschenhandels. Trotz eines Gesetzes zur Bekämpfung des Menschenhandels im Jahr 2008, infolgedessen die Zahl geretteter Opfer und entsprechenden Strafverfolgungen deutlich erhöht werden konnten, bleibt dieses Phänomen ein gravierendes Problem. Täter:innen beuten weiterhin Menschen – darunter auch Minderjährige – als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und in Sweatshops aus oder zwingen sie zur Prostitution. Dabei handelt es sich sowohl um ein nationales als auch um ein transnationales Phänomen: Kriminelle Netzwerke verschleppen Menschen aus ländlichen Regionen in argentinische Städte, während sie Frauen und Mädchen in Nachbarländer und nach Westeuropa bringen. Gleichzeitig schleusen sie Männer und Frauen aus Paraguay, Brasilien, Bolivien und Peru zur Zwangsarbeit oder Zwangsprostitution nach Argentinien.

Geldwäsche gehört ebenfalls zu den größten Herausforderungen; Argentinien steht seit 2010 auf der „Grauen Liste“ der Financial Action Task Force, und strukturelle Defizite sowie Korruption im Justizsystem behindern die Effektivität staatlicher Maßnahmen. Politische Einflussnahme und Korruption unterminieren auch die Strafverfolgung organisierter Kriminalität.

Unter Präsident Macri verschärfte die Regierung ab 2015 die Sicherheitspolitik, etwa durch einen „Sicherheitsnotstand“ und härtere Maßnahmen gegen Drogenhandel – etwa die Autorisierung zum Abschuss verdächtiger Flugzeuge. Unter Präsident Fernández und angesichts der eskalierenden Gewalt, insb. in der Stadt Rosario, initiierte die Regierung 2023 eine mehrgleisige Strategie gegen OK, einschließlich des Einsatzes von Armee- und Sicherheitskräften sowie einer Delegation zur Bekämpfung von Geldwäsche. Die zunehmende Militarisierung des staatlichen Vorgehens stößt bei zivilgesellschaftlichen Gruppen auf Kritik, da sie ein erhöhtes Eskalationsrisiko befürchten.

Argentinien kooperiert zur Bekämpfung genannter Probleme mit einer Vielzahl regionaler und internationaler Akteure wie der UNODC (zur Bekämpfung synthetischer Drogen und Waffenschmuggel, etwa im Rahmen des Container Control Programme), sowie mit Interpol, unter anderem durch die Beteiligung an regionalen Operationen gegen illegalen Waffenhandel (bspw. Operation Trigger IX). Darüber hinaus ist Argentinien in interamerikanische Kooperationsformate eingebunden, etwa über die Community of the Americas (OAS; u. a. im Rahmen von CICTE) oder AMERIPOL, die den Informationsaustausch und den Kapazitätsaufbau zwischen Polizei- und Zollbehörden fördern. Ergänzend bestehen mehrere bilaterale Sicherheitsmechanismen, bspw. mit Nachbarstaaten wie Brasilien und Uruguay.

Tabelle 15

**Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen**

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**UN-Berichterstattung**

Argentinien reichte seit 1992 lediglich in den Jahren 2006 und 2013 bis 2015 keine Berichte über Im- und Exporte von Großwaffensystemen an das UN-Waffenregister ein. Auch an das UN-Melderegister über Militärausgaben erstattete Argentinien fast jedes Jahr Bericht. Als Mitglied des Arms Trade Treaty reichte das Land zudem einen Initialbericht sowie jährliche Berichte ein und erstattete auch seit 2003 sehr regelmäßig im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons Bericht an die Vereinten Nationen.

Argentinien ist also sehr engagiert, was das UN-Meldesystem angeht.

**Unerlaubte Wiederausfuhr**

Der Endverbleib von nach Argentinien gelieferten Waffen und Rüstungsgütern lässt sich nicht in allen Fällen verlässlich kontrollieren. Zwar verfügt das Land laut dem Ammunition Management Advisory Team (AMAT) über grundsätzlich effiziente Kapazitäten im Waffen- und Munitionsmanagement, zugleich ist Korruption in den nationalen Sicherheits- und Streitkräften jedoch weit verbreitet. Der Government Defence Integrity Index stuft das Korruptionsrisiko in allen militärischen Institutionen als hoch ein. In der Konsequenz erhöht dies auch die Wahrscheinlichkeit für Entwendungen von Waffen aus staatlichen Beständen.

Bereits in den 1990er Jahren verstieß Argentinien gegen internationale Rüstungsexportverpflichtungen. Unter Präsident Menem lieferte das Land zwischen 1991 und 1995 Waffen nach Kroatien – obwohl ein UN-Waffenembargo aufgrund des Jugoslawienkriegs bestand. Auch Lieferungen nach Ecuador im gleichen Zeitraum verstießen gegen internationale Verpflichtungen: Argentinien war aufgrund eines Friedensabkommens Waffenlieferungen nach Ecuador untersagt. Das Land gehörte zu den offiziellen Friedensgaranten zwischen Ecuador und Peru, die sich 1995 in einem bewaffneten Konflikt befanden. Die Lieferungen umfassten mehr als 6000 Tonnen Material. Unterschiedlichen Angaben zufolge handelte es sich dabei wohl um Gewehre, Panzerabwehrraketen, Mörser, Landminen, Granaten, Flugkörper und Munition.

Zudem existieren belastbare Berichte über illegale Waffenlieferungen Argentinien nach Bolivien während der politischen Unruhen im Jahr 2019, die im Rücktritt von Präsident Evo

Morales mündeten. Die Waffen und Munition gingen mutmaßlich an die bolivianische Polizei und Luftwaffe, deren Einheiten sich an der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste in Sacaba und Senkata beteiligten. Ermittlungen in Argentinien richteten sich gegen den damaligen Präsidenten Mauricio Macri und weitere Regierungsmitglieder wegen ihrer möglichen Beteiligung an den Lieferungen. Die Ermittlungen dauern vermutlich weiterhin an – genaue aktuelle Informationen liegen allerdings nicht vor.

Vor diesem Hintergrund lehnte Deutschland bereits wiederholt Rüstungsexporte nach Argentinien unter Verweis auf Kriterium 7 des Gemeinsamen Standpunkts der EU zu Waffenexporten (Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen) ab. So verweigerte Deutschland bspw. 2016 die Genehmigung für Handfeuerwaffen und lehnte 2021 die Lieferung von Teilen für gepanzerte Fahrzeuge und Kampfpanzer ab. Gleichzeitig genehmigte Deutschland weiterhin einzelne Lieferungen von Klein- und Leichtwaffen sowie Großwaffensystemen nach Argentinien.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 10

#### **Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung**

*Argentina was in a state of almost permanent crisis mode throughout the period under review, with economic and political turbulence overlapping until the start of the 2023 election year. The deep economic crisis that President Alberto Fernández's government inherited from his predecessor Mauricio Macri (2015 – 2019) was compounded by the pandemic crisis, the consequences of which were felt at least into 2022. While the end of the lockdown in the first half of 2021 provided an opportunity to engage in at least temporary cooperation between the moderate left and the moderate right, that moment passed, and the so-called grieta – the rift between the political currents – has tended to deepen since then. Economic imbalances remained a constant challenge, while the poor management of the center-left Frente de Todos (FdT, Everyone's Front) government contributed to its further weakening in the October 2021 mid-term elections. Although victorious, the opposition Juntos por el Cambio (JxC, Together for Change) also presents a rather dismal picture due to internal squabbles and the lack of a common discourse.*

[...]

*Accordingly, in terms of economic transformation, the division within the government also had fatal consequences for the necessary mix of sound macroeconomic policies. After reaching an agreement with external bondholders in 2020 to restructure about \$65 billion in sovereign debt, the government agreed with the IMF in March 2022 on a \$45 billion program to defer impending debt payments while the country seeks to implement an agreed-upon economic program. This was done despite fierce opposition from the radical Peronist faction in the government and Congress. The new agreement has significantly reduced uncertainty about short-term macroeconomic policy, but future radical Peronist support for the agreement is uncertain, and the external situation remains unstable. As a result of internal pressures, Fernández dismissed Economy Minister Guzmán, one of his most loyal allies, in July 2022 and appointed "superminister" Sergio Massa in August, who has had initial success in stabilizing the exchange rate and federal reserves. Nonetheless, the persistent lack of consensus within the government has undermined efforts to restore the market and the public confidence needed both inside and outside the country to help Argentina out of the crisis.*

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/https://bti-project.org/en/reports/country-report/ARG>

**Tabelle 16**

**Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)**

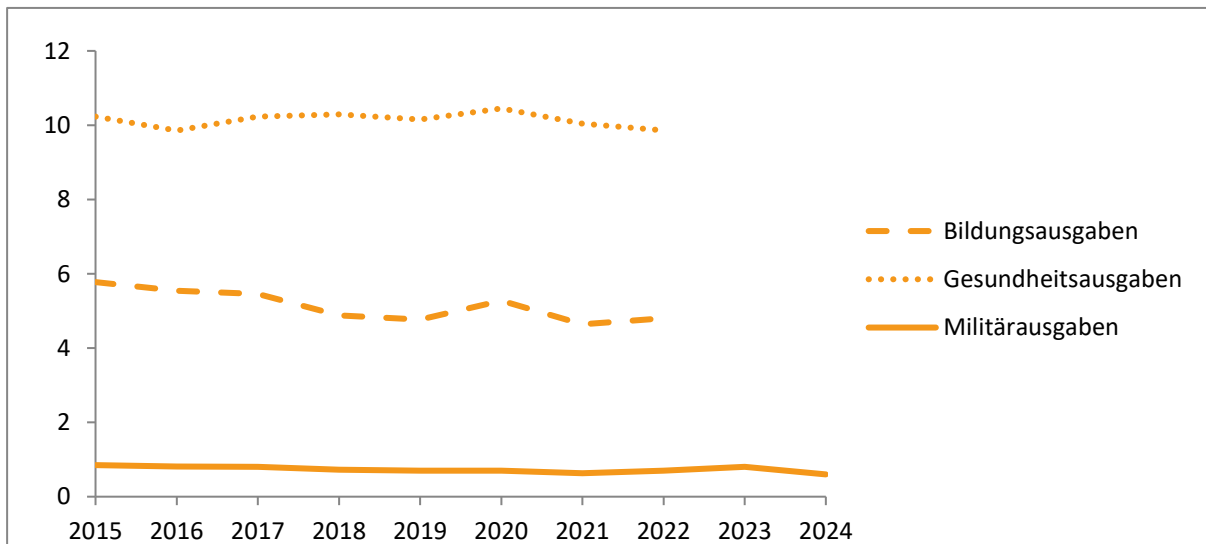
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4029	3968	4459	4882	3913
Militärausgaben/BIP	0,7	0,6	0,7	0,8	0,6
Gesundheitsausgaben/BIP	10,5	10,0	9,9	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,3	4,6	4,8	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

**Schaubild 5**

**Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)**



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

**Tabelle 17****Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe**

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	299354	275475	266760	266900	266167
Anteil am BIP (in Prozent)	66,9	71,4	54,8	42,2	41,2
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	-90,43	46,21	53,57	29,38	-
Net ODA (% of GNI)*	-0,02	0,01	0,01	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	9,7	23,25	10,87	5,89	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio. US\$) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

**Tabelle 18****Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	59	52	57	59	55
Index-Platzierung	130	134	129	129	136

**Tabelle 19****Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Bolivien	Militarisierungswert	93	89	82	89	89
	Index-Platzierung	81	87	93	85	89
Brasilien	Militarisierungswert	69	66	64	62	61
	Index-Platzierung	116	117	114	122	125
Chile	Militarisierungswert	118	106	103	104	103
	Index-Platzierung	55	63	62	67	68
Paraguay	Militarisierungswert	66	58	55	56	56
	Index-Platzierung	121	130	131	136	134

		2020	2021	2022	2023	2024
Uruguay	Militarisierungswert	129	133	130	131	136
	Index-Platzierung	44	40	36	35	34

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)  
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.  
<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2020	2021	2022	2023	2024
Bolivien	Militärausgaben (absolut)	536	559	439	589	629
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,3	1,0	1,3	1,4
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	25022	23699	22215	21788	21693
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,1	1,1	1,0	1,0
Chile	Militärausgaben (absolut)	6212	5643	5207	5470	5521
	Militärausgaben/BIP	2,1	1,6	1,5	1,6	1,6
Paraguay	Militärausgaben (absolut)	407	392	366	398	413
	Militärausgaben/BIP	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Uruguay	Militärausgaben (absolut)	1470	1616	1459	1511	1715
	Militärausgaben/BIP	2,1	2,3	2,0	2,1	2,3

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Tabelle 21

**Human Development Index (HDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,861	0,851	0,847	0,858	0,865
HDI-Wert (Männer)	0,856	0,846	0,846	0,857	0,863
HDI-Wert (Frauen)	0,848	0,841	0,835	0,845	0,853

	2019	2020	2021	2022	2023
GDI-Wert	0,991	0,994	0,987	0,986	0,988

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/ARG>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

### Frauen in der Wirtschaft und Politik

Mit einer Erwerbsbeteiligung von 52 % sind Frauen (15+ jährige) deutlich schlechter in den Arbeitsmarkt integriert als Männer (72 %). Damit liegt Argentinien nur knapp über dem weltweiten Durchschnitt weiblicher Erwerbsbeteiligung (49 %). Besonders in Führungspositionen sind Frauen aber sehr stark unterrepräsentiert: nur 8 % aller Firmen hatten Top-Managerinnen (Stand 2017) und nur 7,9 % eine weibliche Mehrheitseigentümerschaft. Immerhin waren Frauen 2017 in 58 % der Firmen Miteigentümerinnen. Insgesamt arbeiten mit 50,0 % bzw. 50,8 % fast gleich viele Frauen wie Männer im informellen Sektor.

Laut Gender Development Index (GDI) zählt Argentinien zur Gruppe der Länder mit „sehr hoher Gleichheit“ im Hinblick auf die HDI-Dimensionen. Der GDI setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander. Ein Wert von 1 steht für vollständige Parität. Mit 0,988 liegt Argentinien über dem globalen Durchschnitt von 0,955. Es zeigen sich dennoch geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede: Frauen haben eine um 5,1 Jahre höhere Lebenserwartung und 3,8 mehr erwartete Schuljahre (also durchschnittliche zu erwartende Schuldauer der heute geborenen). Nur im tertiären Bildungsbereich schneiden sie deutlich schlechter ab. Es besteht allerdings noch ein großes Lohngefälle, das sich in der letzten Dekade auch nur minimal, um 4 Prozentpunkte bzw. 2.812 US-Dollar (kaufkraftbereinigt) reduzierte: 2014 lag der relative Anteil des Einkommens von Frauen, gemessen an dem von Männern bei nur 54 % - 2023 lag der Anteil bei 58 %.

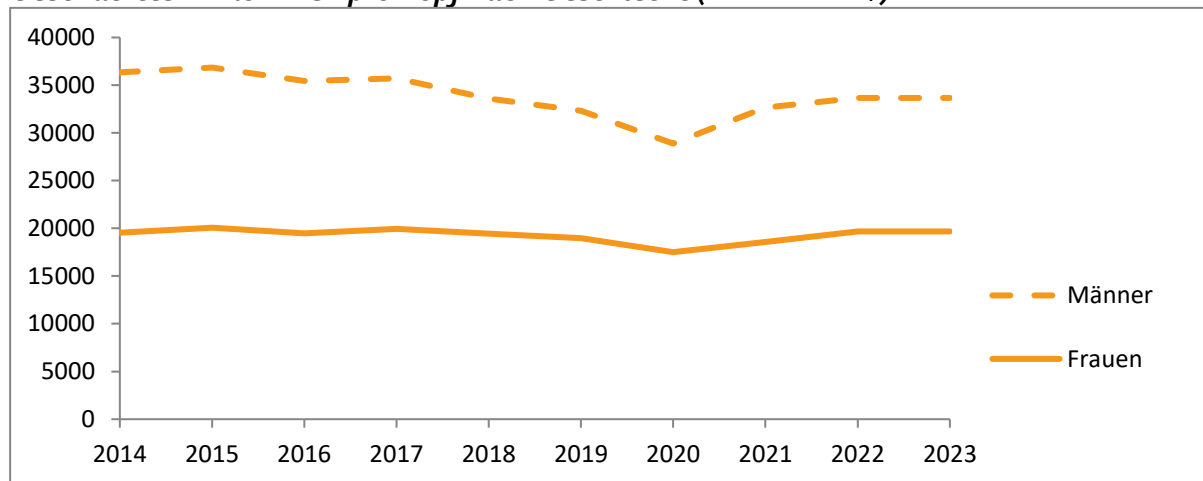
Geschlechter-Disparitäten zeigen sich auch im Gender Inequality Index (GII), welcher reproduktive Gesundheit, politische Partizipation und wirtschaftliche Selbstbestimmung misst. Anders als beim GDI steht hier 0 für vollständige Gleichheit und 1 für maximale Ungleichheit. Argentinien erreicht hier einen Wert von 0,264 und schneidet überdurchschnittlich ab (weltweiter Durchschnitt von 0,455). Damit belegt das Land Rang 70 von 172 Ländern. Ein gewichtiger Faktor hierbei ist, dass die politische Beteiligung von Frauen in Argentinien vergleichsweise sehr hoch ist. Zu Beginn des Jahres 2025 waren bspw. 25 % der Ministerien (2 von 8); 42,4 % des Unterhauses bzw. der Abgeordnetenkammer (Cámara de Diputados; 109 von 257 Sitzen) und 45,8 % des Oberhauses bzw. Senats (Cámara de Senadores; 33 von 72 Sitzen) weiblich besetzt.

Das Weltbankprogramm „Women, Business and the Law (WBL) 2026“ zeigt zudem, dass Argentinien bei der formalen rechtlichen Gleichstellung von Frauen mit 80,8 von 100 Punkten sowohl den globalen Durchschnitt (67) als auch den regionalen Durchschnitt Lateinamerikas (72,1) deutlich übertrifft. Weniger gut schneidet Argentinien beim rechtlichen Rahmen im Bereich Unternehmertum (50 Punkte) sowie bei Entlohnung und beruflicher Segregation ab. Weitere Defizite bestehen vor allem bei den Schutzmaßnahmen für Gewalt gegen Frauen

sowie bei Elternschaft und Kinderbetreuung. Insbesondere bei den praktischen unterstützenden Rahmenbedingungen – also Politiken, Institutionen und Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichstellungsregeln – zeigen sich Schwächen: Mit 50,3 Punkten liegt Argentinien zwar über dem globalen (46,8) und dem regionalen Durchschnitt (46,1), weist jedoch erhebliche Lücken auf. Besonders defizitär sind die Förderungsmaßnahmen im Bereich Gleichheit am Arbeitsplatz und in der Carearbeit sowie Eigentum von Frauen. Expert:innen, die die Umsetzung und Wirkung der vorhandenen Regeln bewerten (66,7 Punkte), kommen zu kongruenten Schlüssen: Demnach bestehen insbesondere im Bereich Kinderbetreuung, Schutz vor Gewalt sowie Unternehmertum weiterhin große Probleme in der praktischen Durchsetzung.

### Schaubild 7

#### Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index

#### Zusammenfassung Kriterium 8:

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 13.530 US-Dollar (2024) zählt Argentinien zu den Ländern mit einem gehobenen, mittlerem Einkommensniveau. Die Auslandsverschuldung konnte in den vergangenen drei Jahren auf ein nicht bedenkliches Niveau reduziert werden. Insgesamt ist Argentinien im Bereich der sozialen Entwicklung im regionalen und globalen Vergleich sehr positiv zu bewerten. Argentinien ist mit einem Wert von 0,865 Punkten dem Human Development Index (HDI) zufolge jenen Ländern zuzuordnen, die über ein sehr hohes Maß an „menschlicher Entwicklung“ verfügen. Das Land wendet deutlich mehr Ressourcen für Bildungs- und Gesundheitssystem als für das Militär auf und gilt auch im regionalen Vergleich als nur gering militarisiert (Rang 130 im GMI).

#### Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Argentinien gehört laut Weltbank zu den Ländern mit einem gehobenen, mittlerem Einkommensniveau – das Pro-Kopf-Einkommen lag 2024 bei 13.530 US-Dollar. Zwar gehört das Land nicht zu den Heavily Indebted Poor Countries (HIPC), die Verschuldung beim Internationalen Währungsfonds (IWF) ist jedoch sehr hoch. Argentinien schuldet allein diesem derzeit rund 42 Mrd. US-Dollar. Die Auslandsverschuldung wird mit rund 266 Mrd. US-Dollar (2023)

auf rund 41 % des BIP geschätzt. Die gesamte Staatsverschuldung gemessen am BIP betrug 2022 84 Prozent, für das Jahr 2026 wird sie noch immer auf 73,6 Prozent geschätzt. Dies bedeutet zwar eine leichte Abnahme, ist aber immer noch in einem hohen Bereich.

Argentinien hat nach Brasilien die zweitgrößte Wirtschaft in Südamerika. Diese ist breit aufgestellt. So gehört Argentinien weltweit zu den führenden Exporteuren von landwirtschaftlichen Produkten. Dennoch machte der Anteil der Fischerei, Land- und Forstwirtschaft lediglich 5,8 Prozent (2024) am gesamten BIP aus. Dies ist ein relativ geringer Anteil. Da dieser Sektor besonders anfällig für Wetter- und Klimarisiken und arbeitsintensiv ist und zugleich nur eine geringe Wertschöpfung erzielt, besteht hier demnach keine besondere Vulnerabilität. Die Industrie des Landes ist diversifiziert und 2019 rangierte das Land laut Weltbank auf Platz 31 der weltweit wertvollsten Industrien (gemessen am Gesamtwert der Produktion). Dieser Sektor trug 2024 rund ein Viertel zur gesamten Wirtschaftsleistung des Landes bei. Natürliche Ressourcen sind mit 2,7 % hingegen nicht sehr wichtig; das verarbeitende Gewerbe ist mit 15 % von mittlerer Bedeutung. Ausgesprochen wichtig ist mit 54 % am BIP jedoch der Dienstleistungssektor.

2023 lag jedoch der Anteil der Menschen, die im informellen Sektor arbeiten – Angaben der OECD zufolge, bei rund 50 %. Darüber hinaus hat das Land seit Jahrzehnten mit wirtschaftlicher Instabilität zu kämpfen. Bereits seit den 1980ern befindet sich Argentinien immer wieder in wirtschaftlichen Krisen, die Inflation setzt der Wirtschaft überdies stark zu. Krisen wie die Covid-19-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine haben die Lage weiter zuge-spitzt. Die Inflationsrate stieg bereits im Juli 2022 mit 70 Prozent auf den Höchstwert seit drei Dekaden und hat im Februar 2023 die 100 Prozent-Marke durchbrochen. Die Inflation lag im Juli 2024 mit 263,5 Prozent den achten Monat in Folge bei über 200 Prozent. Auch die kontinuierliche Abwertung des argentinischen Pesos gegenüber dem US-Dollar betrifft dabei vor allem die mittleren und unteren Einkommensschichten. Dies vergrößert die Schere zwischen Arm und Reich weiter. Zudem schwanken allgemeine wirtschaftliche Wachstumsraten seit Jahrzehnten enorm, in der vergangenen Dekade waren etwa Entwicklungen von Minus bis Plus 10 % zu verzeichnen.

Argentinien hat im Jahr 2022 etwa 153 Millionen US-Dollar Entwicklungshilfen erhalten. Auch wenn dies einen deutlichen Anstieg zu den letzten Jahren bedeutet (2020: 102 Mio., 2019: 8,89 Mio., 2018: 73 Mio.), machen die Entwicklungshilfen gemessen am Bruttonationaleinkommen deutlich weniger als 1 Prozent aus – und haben damit keinen signifikanten Einfluss auf die nationale Wirtschaft. Mit 15 % am BIP (2024) ist der Exportsektor durchaus nicht zu vernachlässigen. Dieser gilt jedoch als relativ wenig diversifiziert und wird vor allem von Dienstleistungen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen getrieben (zusammen rund 50 % am BIP).

### **Soziale Entwicklung**

Insgesamt ist Argentinien im Bereich der sozialen Entwicklung im regionalen und globalen Vergleich sehr positiv zu bewerten. Einige der Werte weisen allerdings eine (leichte) Negativtendenz auf, was auch auf die wirtschaftlichen Probleme des Landes zurückzuführen ist. Argentinien ist mit einem Wert von 0,865 Punkten, dem Human Development Index (HDI) zufolge, ein Land mit einer „sehr hohen menschlichen Entwicklung“. Weltweit nimmt es damit die 47. Position ein. Damit gilt Argentinien als eines der am weitesten entwickelten Länder der Region (zum Vergleich: Bolivien (0,733), Brasilien (0,786), Paraguay (0,756) und Uruguay (0,862)). Lediglich Chile weist mit 0,878 einen höheren Wert auf.

In einigen Bereichen der Gesellschaft gibt es allerdings große Disparitäten, insbesondere der Wohlstand ist in Argentinien sehr ungleich verteilt. Mit einem Gini-Koeffizienten von 42,4 für das Jahr 2024 liegt Argentinien im bedenklichen Bereich. Aufgrund der wirtschaftlichen Probleme des Landes könnte diese Schere weiter auseinandergehen. Dem Sustainable Development Report zufolge steht Argentinien hinsichtlich der Erreichung von Sustainable Development Goal (SDG) 10 („reduced inequalities“) entsprechend vor erheblichen Herausforderungen. Der Anteil jener Menschen, die laut der UN von extremer Armut betroffen sind – das heißt, von maximal 3,0 US-Dollar am Tag leben – stieg aufgrund der Covid-Pandemie kurzzeitig auf 2,2 %, liegt sonst aber seit den 2010er Jahren konstant bei etwa 1 %. Laut SDG-Report steht Argentinien somit im Hinblick auf „no poverty“ (SDG 1) noch vor Herausforderungen. Während „quality education“ (SDG 4) und „gender equality“ (SDG 5) als erreicht gelten bestehen weiterhin sehr große Hürden insb. hinsichtlich SDG 7 (affordable and clean energy), 12 (responsible consumption and production), 14, 15 und 16 (Life below water / on land sowie peace justice and strong institutions).

Der Anteil der arbeitslosen Menschen ist mit 7,9 % im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr (6,1 %) gestiegen und insb. die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit 21,2 % bedenklich hoch. Argentinien wendet zwar recht viele Ressourcen für sein Gesundheitssystem auf (2022 waren es 9,9 % gemessen am BIP), dieses besteht aber eigentlich aus drei unterschiedlichen Systemen, welche in Bezug auf Leistungen stark variieren. So existieren ein staatliches, ein von den Gewerkschaften getragenes und ein privates Gesundheits- und Versicherungssystem parallel. Etwa 36 Prozent der Bevölkerung sind über das staatliche System, 60 Prozent über das gewerkschaftliche und etwa 13 Prozent privat versichert. Angebot und Leistung der Gesundheitsangebote variieren dabei nicht nur nach staatlicher, gewerkschaftlicher oder privater Verortung, sondern vor allem auch auf regionaler Ebene stark. Dies verhindert einen gerechten und gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Dennoch schneidet Argentinien mit durchschnittlich fünf Krankenhausbetten pro 1000 Einwohner:innen (2017) sowie 4,1 Ärzt:innen pro 1000 Einwohner:innen (2020) recht gut ab. Auch die Müttersterblichkeit mit 33/100.000 (2023) sowie die Kindersterblichkeit (Alter bis 5 Jahre) mit 10/1000 (2023) liegen deutlich unter dem globalen Durchschnitt (197/100.000 bzw. 37/1.000). Im Rahmen der Covid-19-Pandemie haben sich dennoch einige Schwächen des Systems offenbart; bis Mai 2023 sind der WHO zufolge 130.472 Menschen infolge der Infektion in Argentinien gestorben. So ist die Lebenserwartung in den letzten Jahren leicht gesunken – lag sie bis 2019 noch bei 77 Jahren, wurde sie 2021 nur noch auf 74 Jahre geschätzt.

Mit 5,9 % am BIP (2023) gibt Argentinien auch recht viel für Bildung aus (weltweiter Durchschnitt 2023: 3,5 %). Argentinien ist zudem dem Globalen Militarisierungsindex 2024 zufolge im regionalen Vergleich nur gering militarisiert (Rang 130), alle angrenzenden Staaten (außer Paraguay und Brasilien) weisen eine deutlich höhere Militarisierung auf (siehe Tabelle 19).

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1  
53121 Bonn, Germany

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer  
[elvan.isikozlu@bicc.de](mailto:elvan.isikozlu@bicc.de)  
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

